

ARR

ION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

Information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C., and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S E C R E T

25X1

COUNTRY East German

REPORT

SUBJECT Bulletin of the State Secretariat for Local Economy (Staatssekretariat fuer Oertliche Wirtschaft)

DATE DISTR. 24 April 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT NO. RD

REFERENCES

DATE OF INFO.

PLACE & DATE ACQ.

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

bulletins of the East German

State Secretariat for Local Economy for October and November 1956.
(two bound booklets)

25X1

25X1

S E C R E T

25X1

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC					
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen

des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft

1956

BERLIN, NOVEMBER 1956

Nr. 2

INHALTSVERZEICHNIS

Kommunique	1	Werkleiter der volkseigenen örtlichen Betriebe	6
Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Leichtindustrie und dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft	2	Nottschlachtungsbetriebe	7
Arbeitsrichtlinie für die Aufgaben der Beauftragten für innere und örtliche Reserven	3	Abteilung Planung und Finanzkontrolle	7
Plan der Staatspolitischen Schulung	3	Die Bedeutung des Betriebspasses in der VEOI	7
HA VEO Industrie und Produktionskoordination		Ergänzung zum Betriebspaß in der VEOI	8
Anschriften der neugebildeten HV des Ministeriums für Leichtindustrie	4	HA Handwerk	
Auszüge aus VuM der Ministerien	4	Leistungen der Sozialversicherung an Mitglieder handwerklicher Produktionsgenossenschaften	9
Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in der VEO Industrie	6	Beförderung der Genossenschaften des Handwerks mit Achsen, Federn und Kugellagerkränzen	9
		Rechnungswesen der Produktionsgenossenschaften	9
		HA Private Wirtschaft	9

Kommunique

über die Arbeitstagung leitender Mitarbeiter des Ministeriums für Leichtindustrie und des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft vom 17. Oktober 1956

Mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen der zentralgeleiteten und der örtlichen Leichtindustrie zu verbessern, wurde am 17. Oktober 1956 eine gemeinsame Arbeitstagung des Ministeriums für Leichtindustrie und des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft durchgeführt. An ihr nahmen der Minister für Leichtindustrie, der Staatssekretär für Örtliche Wirtschaft, die Leiter der Hauptverwaltungen des Ministeriums für Leichtindustrie, die Leiter der Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke sowie leitende Mitarbeiter aus dem Ministerium und dem Staatssekretariat teil.

Minister Dr. Feldmann hob einleitend die Notwendigkeit und die Bedeutung einer besseren Zusammenarbeit für die qualitäts-, sortiments- und zeitgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Erzeugnissen des Massenbedarfs hervor und begründete eine den Teilnehmern rechtzeitig zugegangene Vorlage über die Verbesserung der Zusammenarbeit. Staatssekretär Kasten erläuterte Aufgaben und Bedeutung der örtlichen Wirtschaft und die Schwierigkeiten in der Leichtindustrie, die sich aus der mangelnden Zusammenarbeit zwischen der zentralen und örtlichen Industrie ergeben.

In der Beratung ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung mit dem Inhalt der Vorlage. Es wurden eine Reihe von Vorschlägen über die Methoden der Zusammenarbeit gemacht.

Im Schlußwort stellte der Minister für Leichtindustrie fest, daß die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf beiden Seiten in großem Maße vorhanden ist.

Er legte insbesondere die politische Linie für den Inhalt und die organisatorische Form der Zusammenarbeit dar und hob hervor, daß die Zusammenarbeit nicht nur zwischen den

Verwaltungsstellen, sondern auch zwischen den zentralgeleiteten und den örtlichen VE-Betrieben zu organisieren ist,

daß die vorhandenen Gremien sowohl der Hauptverwaltungen als auch der örtlichen Räte, wie Technisch-Wissenschaftliche Räte, Arbeitskreise, Technisch-Ökonomische Räte, zur Lösung gemeinsamer Aufgaben zusammenzuführen sind, daß die Methoden der Zusammenarbeit verschieden sind und den spezifischen Bedingungen in den einzelnen Industriezweigen entsprechen müssen, daß sich die bessere Zusammenarbeit zunächst auf die Hauptfragen konzentrieren soll.

Zur Durchsetzung der beratenen und festgelegten Maßnahmen wird festgelegt:

Für den Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie:

Die Leiter der Hauptverwaltungen haben die Tagung mit ihren Mitarbeitern auszuwerten und die entsprechenden Aufgaben zu stellen.

Auf der nächsten Werkleiter-Tagung haben die Leiter der Hauptverwaltungen den Werkleitern die Bedeutung und Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der örtlichen Industrie zu erläutern und Maßnahmen zur Organisierung der Zusammenarbeit festzulegen.

Für den Bereich des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft:

Die Leiter der Abteilung Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke haben die Aufgabe, die Tagung und die getroffenen Vereinbarungen

1. mit allen Mitarbeitern der Abt. Örtliche Wirtschaft ihres Bezirkes
2. mit den Abteilungsleitern Örtliche Wirtschaft der Räte der Kreise auszuwerten.

Die Abteilungsleiter Örtliche Wirtschaft der Räte der Kreise haben mit allen Werkleitern dieselbe Auswertung vorzunehmen.

Die Vereinbarung wird nachstehend bekanntgegeben.

gez. Dr. Feldmann
Minister

gez. Kasten
Staatssekretär

Vereinbarung

zwischen

dem Ministerium für Leichtindustrie und dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der zentralgeleiteten und örtlichen Leichtindustrie

1. Zu den Sitzungen der Kollegien des Ministeriums für Leichtindustrie und des Staatssekretariates für Örtliche Wirtschaft sind Vertreter des Staatssekretariates für Örtliche Wirtschaft bzw. des Ministeriums für Leichtindustrie zur Lösung gemeinsamer Fragen hinzuzuziehen. Es ist aber sicherzustellen, daß das betreffende Kollegiumsmaterial dem Vertreter rechtzeitig zugestellt wird.
2. a) Auf der Grundlage der volkswirtschaftlichen Zielsetzung der Staatlichen Plankommission arbeiten die Hauptverwaltungen des Ministeriums für Leichtindustrie zur planmäßigen proportionalen Entwicklung die Perspektiven der Industriezweige insgesamt und in der Unterteilung für die zentralgeleitete und örtliche Industrie aus. Die von den Abteilungen Örtliche Wirtschaft bei den Räten der Bezirke vorhandenen Perspektiven für die örtliche Leichtindustrie sind dabei zu verwenden.
Die Festlegung der Perspektive insgesamt und in der Unterteilung hat in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke und mit dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft durch die Hauptverwaltungen zu erfolgen.
- b) Die Perspektive für den gesamten Industriezweig, unterteilt in zentralgeleitete und örtliche Industrie, ist die Orientierung für die Hauptverwaltungen einerseits und für die Entwicklung dieser Industriezweige auf örtlicher Ebene andererseits, also für VEB (K), Betriebe mit staatlicher Beteiligung, Produktionsgenossenschaften des Handwerks und Privatbetriebe. Die Durchsetzung dieser Perspektive für die örtliche Ebene erfolgt durch das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, die Abt. Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise und die Bezirksdirektionen der Industrie- und Handelskammern.
- c) Für das Handwerk wird die Perspektive gemeinsam zwischen dem Ministerium für Leichtindustrie und dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft festgelegt. Die Räte der Bezirke erhalten vom Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft die Direktive, nach der die örtlichen Organe des Staates gemeinsam mit den Handwerksorganisationen die planmäßige proportionale Entwicklung sichern.
- d) Das Ministerium für Leichtindustrie und das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft stimmen gemeinsam mit der Staatlichen Plankommission die Vorschläge für die einzelnen Planjahre der Hauptverwaltungen und der Räte der Bezirke ab. Diese Abstimmung gewährleistet die Schaffung richtiger volkswirtschaftlicher Proportionen für die verschiedenen Eigentumsformen.
- e) Das Ministerium für Leichtindustrie und das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft stimmen gemeinsam mit der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium für Handel und Versorgung ab, welcher Anteil aus dem Volumen der in den Hauptverwaltungen und den Bezirken geplanten Produktion für die Realisierung

des Warenbereitstellungsplanes im Bezirk zu disponieren ist. Dieser Anteil an der Gesamtproduktion ist zur Deckung des für den Bezirk typischen Bedarfs einzusetzen.

3. Die gemeinsame Festlegung der Planziele erfordert gemeinsame Maßnahmen zur Plankontrolle und zum Kampf um die Planerfüllung. Der noch vielfach vorhandene Unterschied in der Betreuung der sozialistischen zentralgeleiteten und der sozialistischen örtlich geleiteten Betriebe ist zu beseitigen. Hierzu ist folgendes erforderlich:
 - a) Alle Grundsatzfragen der betreffenden Industriezweige sind gemeinsam zwischen den Hauptverwaltungen des Ministeriums für Leichtindustrie, dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, den Abteilungen Örtliche Wirtschaft bei den Räten der Bezirke und dem Magistrat von Groß-Berlin zu lösen. Die Abstimmung bezieht sich insbesondere auf Kapazitätserweiterungen, Investitionen, Standortverteilung der Produktion, Grundmittelumsetzungen, Abstimmung der Produktionsprogramme, Neuaufnahme, Erweiterung oder Einschränkung der Produktion, Spezialisierung der Produktion, technologische und betriebsorganisatorische Fragen, auf die Zuordnung der Betriebe, sowie auf die Gewährung staatlicher Beteiligungen an Privatbetrieben.
 - b) Das Ministerium für Leichtindustrie hat in Abstimmung mit dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft dafür zu sorgen, daß die Betriebe der volkseigenen örtlichen Industrie, die Produktionsgenossenschaften des Handwerks und die Betriebe mit staatlicher Beteiligung in die Betreuung durch die vorhandenen Einrichtungen und Institutionen des Ministeriums für Leichtindustrie einbezogen werden.
Hierbei sollen vor allem die vorstehend genannten Betriebe in die beratenden Gremien wissenschaftlich-technischer Art einbezogen werden, die Ergebnisse und Erfahrungen der Zentralen Entwicklungsbüros und der Zentralen Projektierungsbüros den örtlichen Betrieben zugänglich gemacht werden sowie die genannten Betriebe in Fragen der Musterung von den Zentralen Musterbüros angeleitet werden.
Zu diesem Zweck haben die Hauptverwaltungen und Abteilungen Örtliche Wirtschaft bei den Räten der Bezirke gemeinsam für die Herstellung direkter Beziehungen zwischen den zentralgeleiteten und örtlichen Betrieben zu sorgen.
 - c) In Abstimmung mit den Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke haben die Hauptverwaltungen zur Qualifizierung von Kadern der örtlichen Wirtschaft Plätze auf Lehrgängen und Fachschulen zur Verfügung zu stellen.
 - d) Der Umfang und die Art und Weise der Betreuung sind im einzelnen zwischen dem Ministerium für Leichtindustrie und dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft zu regeln.
 - e) Wichtige Anweisungen sind gegenseitig auszutauschen.
4. Für den Beginn der Zusammenarbeit ergeben sich folgende Schwerpunkte:
 - a) Noch im IV. Quartal 1956 ist eine bessere Auslastung der örtlichen Wirtschaft zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes zu erreichen.
 - b) Die Erfüllung der Exportverpflichtungen durch die zentral und örtlich geleiteten Betriebe ist zu sichern.

- 4) Der Produktionsplan für 1957 ist in den wichtigsten Positionen abzustimmen. In diesen Positionen sind die Produktionsprogramme für 1957 festzulegen und die Materialversorgung zu regeln.
- 5) Die für 1957 geplanten Investitionen sind mit dem Ziel zu überprüfen, vorhandene, aber nicht genutzte Kapazitäten auszulasten und dadurch freigewordene Investitionsmittel für die wichtigsten Investobjekte einzusetzen.

gez. Dr. Feldmann
Minister

gez. Kasten
Staatssekretär

Arbeitsrichtlinie für die Aufgaben der Beauftragten für innere und örtliche Reserven

Die Überleitung der Beauftragten für innere und örtliche Reserven von den Plankommissionen der Bezirke und Kreise auf die Abt. Örtliche Wirtschaft erfolgte mit dem Ziel, bestimmte Aufgaben der Materialeinsparung und der Materialreserven den Beauftragten zu übertragen, d. h. Aufgaben, die unmittelbar in das Aufgabengebiet der Beauftragten gehören.

Um diese Aufgaben übertragen zu können, wurde das bisherige Tätigkeitsfeld der Beauftragten durch die Staatliche Plankommission und das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft überprüft. Hierbei wurde festgestellt, daß die Beauftragten Aufgaben lösen, die nicht mit den Prinzipien der weiteren Demokratisierung sowie den Leitungsprinzipien des Staatsapparates im Einklang stehen.

So kann es z. B. heute nicht mehr Aufgabe der Beauftragten sein, Fahrzeuge für den Abtransport von Altstoffen zu beschaffen, Rentner für die Sammlung von Altstoffen zu werben, Räume oder auch Plätze für die Lagerung von Altstoffen zu suchen, Arbeitsmittel für Sammler zu beschaffen, Altstoffsammelaktionen und Wettbewerbe in Wohnbezirken, Schulen und demokratischen Organisationen selber zu organisieren oder auch persönlich die Ablieferung der Knochen aus Haus-schlachtungen zu überwachen bzw. die Böden der Häuser auf Altstoffe abzusuchen.

Des weiteren widerspricht es den Prinzipien der Planung, daß die Beauftragten als Mitarbeiter der örtlichen Staatsorgane die staatlichen Aufgaben in nichtmetallischen Altstoffen für die Betriebe der zentral-gesteuerten Industrie erarbeiten und es widerspricht den Leitungsprinzipien der Staatsorgane, daß die Räte der Bezirke der VHZ Schrott in Berlin monatlich über das Aufkommen an Schrott zu berichten haben.

Auf Grund dieser Tatsachen weise ich die Leiter der Abt. Örtliche Wirtschaft an, das Arbeitsgebiet der Beauftragten für innere und örtliche Reserven in den Bezirken und Kreisen wie folgt zu verändern:

1. Die Erarbeitung der staatlichen Aufgaben in metallischen und nichtmetallischen Altstoffen erfolgt durch die Beauftragten nur für die örtliche Industrie und das Handwerk. Die übrigen Planträger erhalten ihre staatlichen Aufgaben in metallischen und nichtmetallischen Altstoffen durch die zuständigen Plan-träger, d. h. übergeordneten Verwaltungsorgane.
2. Die Beauftragten der Kreise berichten quartals-weise dem Beauftragten des Bezirkes über das Aufkommen metallischer und nichtmetallischer Altstoffe der örtlichen Industrie und des Handwerks ihrer Kreise.
Der Beauftragte des Bezirkes ist dem Vorsitzenden der Plankommission des Bezirkes quartalsweise

über das Aufkommen metallischer und nichtmetallischer Altstoffe der örtlichen Industrie und des Handwerks berichterstattungspflichtig.

Die Verantwortung der Abteilungsleiter für Örtliche Wirtschaft für die Erfüllung der metallischen und nichtmetallischen Altstoffpläne der örtlichen Industrie und des Handwerks wird hiervon nicht berührt.

3. Operative Handelsaufgaben außerhalb des Be-reiches der örtlichen Industrie und des Handwerks, wie sie beispielsweise in der Präambel dieser Richtlinie aufgeführt wurden, sind durch die Beauftragten nicht durchzuführen. Sie obliegen den zu-ständigen Altstoffhandelsorganen in Verbindung mit den betreffenden Planträgern.
4. Die Überleitung der Aufgaben, die durch die Beauftragten auf Grund dieser Richtlinie nicht mehr durchzuführen sind, muß bis zum 31. 12. 1956 auf die zuständigen Organe erfolgen.
5. Zur Verbesserung der Materialversorgung der örtlichen Wirtschaft hat der Beauftragte die Aufgabe, in Fragen der Erfassung und Verteilung der örtlichen Materialreserven, der MVN und Vrn, der materialeinsparenden Konstruktionen und Ver-besserungsvorschläge, des Einsatzes von Austauschstoffen die Betriebe der örtlichen Wirtschaft anzu-leiten und zu kontrollieren.

Die Aufgaben im einzelnen liegen fest in der Arbeitsrichtlinie 6/55 der Staatlichen Plankommission, der Richtlinie zur Bildung von Arbeitskreisen für die Auf-gaben der örtlichen Materialwirtschaft vom 31. Januar 1956, der Arbeitsrichtlinie zur Erarbeitung von MVN vom 15. Februar 1956 und werden auf den regelmäßig stattfindenden Arbeitstagen der Leiter der Arbeitskreise Materialwirtschaft ergänzt und konkretisiert.

Kasten
Staatssekretär

Plan der Staatspolitischen Schulung

Für die weitere Durchführung der Staatspolitischen Schulung werden folgende Schulungstage und -themen bekanntgegeben:

17. 11. 56 „Bedeutung und Aufgaben der örtlichen Wirtschaft im zweiten Fünfjahrplan“
(Heft 1, Teil II — ab S. 21)
1. 12. 56 „Stellung, Bedeutung und Aufgaben des Handwerks in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR“
(Heft 2, Teil I)
15. 12. 56 „Stellung, Bedeutung und Aufgaben des Handwerks in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR“
(Heft 2, Teil II)
29. 12. 56 Aktuelles politisches Thema
12. 1. 57 „Rolle und Stellung der privaten Industrie in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR“
(Heft 3, Teil I)
26. 1. 57 „Rolle und Stellung der privaten Industrie in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR“
(Heft 3, Teil II)
9. 2. 57 Aktuelles politisches Thema
23. 2. 57 „Die Genossenschaften des Handwerks in der DDR“ (Heft 4, I. Teil: Die Einkaufs- und Liefergenossenschaften)

9. 3. 57 (Heft 5, II. Teil: Die Produktionsgenossenschaften.)
22. 3. 57 Aktuelles politisches Thema
6. 4. 57 „Die organisierende Tätigkeit der örtlichen Organe der Staatsverwaltung bei der Planarbeit“ (Heft 6)
20. 4. 57 Die Bedeutung der staatlichen Beteiligung an den privaten Betrieben“ (Heft 7)
4. 5. 57 Aktuelles politisches Thema
18. 5. 57 Die Aufgaben der Industriegewerkschaft Örtliche Wirtschaft bei der Interessenvertretung der Werktätigen in den Betrieben der örtlichen Wirtschaft“ (Heft 8)
- Mattat
Stellvertretender Staatssekretär

HA VEÖ INDUSTRIE UND PRODUKTIONS-KOORDINIERUNG

Anschriften der neugebildeten Hauptverwaltungen des Ministeriums für Leichtindustrie

Textil

1. HV Baumwolle
Karl-Marx-Stadt, Zwickauer Straße 74, Tel. 32822
2. HV Bastfaser
Karl-Marx-Stadt, Krusiusstraße 5
3. HV Wolle und Seide
Meerane, Leipziger Straße 32/34
4. HV Trikot/Strümpfe
Limbach, Chemnitz Straße 40, Tel. 3456

Bekleidung und Leder

5. HV Bekleidung
Berlin O 17, Ehrenbergstraße 11/14, Tel. 5892/425
6. HV Leder/Kunstleder/Pelze
Leipzig, Am Brühl 37/39, Tel. 21051—53
7. Schuhe/Lederwaren
Weißenfels, Marktwebener Straße 21, Tel. 3083

Holz-Kulturwaren, Zellstoff/Papier/Pappe

8. HV Zellstoff/Papier/Pappe
Heidenau, Pirnaer Straße 31/33
9. HV Papierverarbeitung
Dresden A 45, Breitscheidstraße 80, Tel. 2931
10. Schnittholz/Furniere/Platten
Leipzig S 3, Brandvorwerkstraße 80, Tel. 36045—47
11. HV Holzbau
Leipzig N 22, Gohliser Straße 17, Tel. 53041
12. HV Musikinstrumente/Kulturwaren
Leipzig C 1, Querstraße 26/28, Tel. 67255
13. HV Möbel
Berlin O 17, Ehrenbergstraße 11/14, Tel. 5892/756
14. HV Spielwaren
Halle, Alter Markt 1, Tel. 7027

Glas und Keramik, Altstoffe und Haushaltchemie

15. HV Glas
Dresden A 1, Freiburger Straße, Tel. 85151—54
16. HV Keramik
Erfurt, Bahnhofstraße 37, Tel. 5296
17. HV Haushaltchemie
Leipzig C 1, Lessingstraße 22, Tel. 22541—42
18. HV Altstoffe
Berlin-Karlshorst, Junker-Jörg-Str. 9, Tel. 50 06 76 (Bö.)

Auszug aus Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Chemische Industrie vom 10. 8. 1956

I.

Holzbezug

Alle Holzlieferungen sind entsprechend den Bestimmungen des Allgemeinen Vertragssystems vertraglich zu binden. In den Verträgen sind die Bedürfnisse der Holzverbrauchenden Betriebe hinsichtlich Liefertermine, Qualitäten und Abmessungen zu berücksichtigen.

II.

Vorratshaltung und Lagerung

(1) Für die wichtigsten Holzpositionen sind durch die Staatliche Plankommission Begrenzungen in der Vorratshaltung vorgenommen worden. Diese den Betrieben vorgegebenen Vorräte sind in jedem Falle verbindlich und müssen unbedingt eingehalten werden. Gleichzeitig sind die Vorratsnormen für Sägewerke und DHZ-Lager heraufgesetzt worden, so daß die Möglichkeit besteht, Holz entsprechend den Anforderungen der Verbraucher geliefert zu bekommen.

(2) Das angelieferte Schnittholz ist nach Möglichkeit in überdachten Schuppen luftig unter Verwendung von Zwischenleisten gestapelt zu lagern. Im Freien gelagertes Holz ist in gleicher Weise zu stapeln, jedoch gittermäßig abzudecken. Das eingelagerte Holz ist nach den jeweiligen Lieferungen zu kennzeichnen, so daß eine in gleicher Reihenfolge durchgeführte Entnahme gesichert wird. Zur Durchsetzung der mit einer einwandfreien Lagerung und Trocknung des Holzes laufenden Forderungen ist besonderes Augenmerk auf die Qualifizierung der auf dem Holzplatz Beschäftigten zu richten.

III.

Pflege des Holzes

(1) Sämtliches im Freien zur Verwendung kommende Holz ist zu imprägnieren. Beim Selbstimprägnieren von Schwellen ist darauf zu achten, daß die Imprägnierung erst nach Anbringen der Bohrlöcher für die Befestigung des Gleisoberbaumaterials erfolgt.

(2) Es ist sicherzustellen, daß alles im Freien verbaute Holz periodisch auf seinen Zustand hin kontrolliert wird, das gilt vor allem für die Schwellen. Eine entsprechende Nachimprägnierung ist vorzunehmen.

IV.

Einschnitt des Holzes und Verwendung des Verschnittes

(1) Grundsätzlich soll das gesamte Holz fertig geschnitten und geschält bezogen werden. Dort, wo auf Grund einer Produktionsaufgabe Selbsteinschnitt erfolgt, sind unbedingt die in der Anordnung über die Festlegung der Holznutzung der Sägewerke und Furnierindustrie festgelegten Mindestschnitt- und Holzausnutzungssätze zu beachten. Zur weiteren Senkung der Verschnittsätze ist auf ein serienweises Anreihen der Holzer beim Schneiden zu achten, um ein wahlloses Anschneiden zu verhindern.

(2) Der anfallende Verschnitt ist weitestmöglich im Betrieb zu verwenden. Alles nicht im Betrieb zu verwendende Abfallmaterial (hierunter fallen neben Nutzabfällen, Brennschwarten, Säumlingen auch Hobel- und Sägespäne) ist zu erfassen und dem zuständigen Rat des Kreises zu melden.

V.

Austausch von Holz

- (1) Bei Schwellen sind Einsparungen zu erzielen durch Verwendung von
- a) Eisenschwellen
 - b) Spannbetonschwellen
 - c) lamellierte Schwellen
 - d) verkürzte Schwellen
 - e) zwei Schwellenenden, die durch Aussägen des morschen Mittelstückes einer alten Schwelle entstanden sind und im Wechsel eine ganze Schwelle gegen zwei Schwellenenden untergelegt werden.

Diese Hinweise sind auf ihre Verwirklichung hin im Betrieb zu überprüfen und, soweit möglich, sofort in Angriff zu nehmen.

(2) An Stelle von Holzpasten sind weitgehend Stahlbetonmasten einzubauen. Dort, wo dies nicht durchführbar sein sollte, muß soweit wie möglich auf Betonflüße bzw. -stützen ausgewichen werden.

(3) Da in manchen Betrieben über die Einsatzmöglichkeiten von Austauschmaterialien noch keine Übersicht besteht, sind alle Betriebe verpflichtet, sich mit den entsprechenden Lieferbetrieben in Verbindung zu setzen und dort die genauen technischen Daten wie auch die Einsatz- und Realisierungsmöglichkeiten der Austauschmaterialien zu erfragen. Die Verwendung von Austauschmaterialien ist mit in den Plan des technisch-organisatorischen Fortschritts aufzunehmen und entsprechend zu kontrollieren.

VI.

Ausarbeitung von Materialverbrauchsnormen

Im Rahmen der im Arbeitsplan vorgesehenen Arbeiten im Zusammenhang mit der Normierung der wichtigsten Hilfsmaterialien ist mit Vorrang an die Überprüfung und Festlegung von Materialverbrauchsnormen für alle Holzarten heranzugehen. Ziel dabei ist die Schaffung von technisch-begründeten Materialverbrauchsnormen. Wo dies im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich sein sollte, sind mindestens erfahrungstatistische Normen auszuarbeiten. Die entsprechenden Vorschläge sind bis zum 31. Oktober 1956 der Abt. Materialversorgung der zuständigen Hauptverwaltung einzureichen.

VII.

Erfassung und Wiederverwendung ausgebautes Holzes

(1) Alle Betriebe sind verpflichtet, Holz, das ausgebaut und ersetzt werden muß, genau zu erfassen und soweit wie möglich an anderer Stelle zu verwenden. Solche Möglichkeiten bestehen z. B. bei Schwellen durch Herausheben des schadhaften Mittelstückes und Wiederverwendung der beiden Enden, bei Masten durch Verkürzungen derselben. Desgleichen besteht die Möglichkeit, aus Standardgleisen ausgebaute Schwellen an weniger beanspruchten Stellen einzusetzen.

(2) Nur ausgebautes Holz, das in dieser oder ähnlicher Form keine erneute Wiederverwendung finden kann, darf als Brennholz verwendet werden. Dabei ist darauf zu achten, daß in der entsprechenden Menge die abgegebenen Brennholzkontingente an die betreffende Hauptverwaltung zurückgegeben werden.

In der Zukunft sind diese Mengen Ausbaumaterial von vornherein als Aufkommen aus inneren Reserven zu planen und von der Forderung auf Zuteilung von Brennholz aus Staatsfonds abzusetzen. Sofern der Betrieb selbst kein Brennholz benötigt bzw. bereits ausreichende Lagerbestände in diesem Material vorhanden sind, müssen die nur noch als Brennholz zu verwendenden Hölzer dem zuständigen Rat des Kreises zur weiteren Disposition gemeldet werden.

VIII.

Spezielle Hinweise, durch die der Holzverbrauch eingeschränkt werden kann

- a) Zur Verlängerung der Haltbarkeit der Schwellen ist darauf zu achten, daß diese nur auf einen mit Schotter oder Generatorschlacke erhöhten Untergrund verlegt werden.
- b) Die Gleisanlagen sind von Asche sowie von Unkraut freizuhalten.
- c) Für den Abfluß des Wassers vom Schienenstrang ist unbedingt Sorge zu tragen, damit das Auswaschen des Unterbaues an den Schienenstößen und das Vorziehen der Gleise sowie Ausreißen der Schienennägel dadurch verhindert wird.
- d) An Stelle der bisher verwendeten Holzabdeckung für die Abflußkanäle sind Zement- oder Gipsplatten zu verwenden.
- e) Für Rüststangen und Rüstholz können Rohrkonstruktionen eingesetzt werden. Federführend für die Entwicklung auf diesem Gebiet ist das Ministerium für Aufbau. Die Einführung muß deshalb im engen Einvernehmen mit diesem erfolgen.
- f) Der Rücklauf von Verladehölzern muß in jedem Falle durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden.
- g) Durch die Betriebe mit Exportverpflichtungen ist gemeinsam mit der betreffenden DIA-Fachanstalt die Frage der technischen Lieferbedingungen für Verpackungsmaterial für Exportlieferungen zu überprüfen mit dem Ziel, auch hier Austauschmaterialien oder zumindest eine einfachere Holzverpackung zu verwenden.
- h) Bei der Durchführung von Investitionen und Generalreparaturvorhaben ist die holzsparende Verbundbauweise anzuwenden. Außerdem sind weitestgehend Kunststoff-, Faserstoff- sowie Leichtbauplatten zu verwenden (z. B. Preßtüren, Zementfaserplatten usw.).
- i) Im Modellbau muß versucht werden, an Stelle von Holz Aluminiumformguß und andere Materialien einzusetzen.
- k) Es muß angestrebt werden, Kühlturmhorden durch Igelit zu ersetzen.
- l) Holzlührer sind durch metallische Rührer zu ersetzen.
- m) Die in den Kunstfaserbetrieben verwandten Holzbarken zum Absetzen des Kupfer- bzw. Viskoseschlammes müssen durch Steinzeugbarken ersetzt werden.
- n) Alle bisher verwendeten Holzdeckel für Laugen-Bottiche usw. sind durch Hartfaserplattendeckel mit Vinidurüberzug zu ersetzen.
- o) Die bisher eingesetzten Spülbäderrinnen aus Holz müssen nach Abnutzung durch Spülbäderrinnen aus Steinzeug ersetzt werden.
- p) Auf dem Verpackungsgebiet ist durchzusetzen, daß für Glasballons an Stelle von Holzmantelung andere Austauschstoffe Verwendung finden. Des weiteren sind im großen Maße Holzfasern durch Blechtrommeln, Eisenfasern, Vierkantbehälter, Aluminiumtrommeln und Aluminiumfasern zu ersetzen.
- q) In allen Großbetrieben sind, soweit noch nicht vorhanden, Holzschutzfachkräfte oder Meister für Holzimprägnierung zu qualifizieren.
- r) Bei der Organisation von Wettbewerben muß darauf geachtet werden, inwieweit die Möglichkeit besteht, bestimmte Aufgaben im Rahmen der Bemühungen zur Holzeinsparung mit aufzunehmen. Selbstverständlich muß dabei immer von den bestehenden Sicherheitsbestimmungen ausgegangen werden.

**Auszug aus Verfügungen und Mitteilungen des
Ministeriums für Schwermaschinenbau
vom 27. Januar 1956**

Die Werkleiter werden verpflichtet:

- a) Eine ständige Kontrolle der Verschnitt- und Ausschußquote zu organisieren, die Ursache des Verschnittes und Ausschusses zu untersuchen sowie Maßnahmen zur Senkung festzulegen. Es muß erreicht werden, daß bis zum 30. Juni 1956 die maximale Verschnitt- und Ausschußquote bei Schnittholz für Erzeugnisse von Kisten und Verschlägen auf mindestens 12% gesenkt wird. Voraussetzung für diese Senkung ist, daß klare Konstruktionsunterlagen geschaffen werden, welche der Materialversorgung die Möglichkeit geben, in größerem Umfang Fixmaße einzukaufen. Ferner müssen die technischen Einrichtungen der Trockenkammern überprüft und mit genauen Meßinstrumenten ausgerüstet werden;
- b) Maßnahmen für einen verstärkten Einsatz von Austauschstoffen einzuleiten. Die Abgabe von Holz an Bauunternehmer, Entnahme für nicht beauftragte Produktion usw. sind nicht zulässig;
- c) die vorgenannten Punkte in den Maßnahmenplan zur Verwirklichung des technisch-organisatorischen Fortschritts aufzunehmen.

**Auszug aus der Anordnung
über Einsparung von Holz des Ministeriums für
Allgemeinen Maschinenbau vom 27. März 1956**

1. Die Werkleiter der VE-Betriebe werden verpflichtet, die sofortige Überprüfung aller holzverbrauchenden Fertigungen innerhalb ihrer z. Z. in der Produktion befindlichen Erzeugnisse vorzunehmen und gleichzeitig weitgehendste Anwendung von Austauschstoffen anzuordnen.

Hierunter fallen u. a.:

Aluminiumblech, Aluminiumguß und -preßteile sowie Kunststoffe und nutzholzfremde Faserbaustoffe, insbesondere Platten aller Art.

Ferner fallen in die Verwendung von

- a) spanlos verformten Holzkonstruktionsteilen und Faserstoff-Formkörpern für Maschinen und Fahrzeuge,
 - b) von alten Holzmodellen und Kernkästen aus Holz an Stelle von neuen Formeinrichtungen aus Holz,
 - c) von Metallmodellen und Kernkästen aus Metall an Stelle von Formeinrichtungen aus Holz
- größte Aufmerksamkeit zu schenken.
2. Die Werkleiter werden verpflichtet, als Kunststoffe die für ihre Erzeugnisse geeigneten neuen Werkstoffe zu verwenden, u. a. Polyamid, Ekazell, Didi, glasfaserverstärkte Kunststoffe usw.

Diese Auszüge aus den genannten Verfügungen und Mitteilungen gelten sinngemäß als verbindlich für die volkseigene örtliche Industrie.

**Forschungs- und Entwicklungsarbeiten
in der örtlichen Industrie**

Für die volkseigene örtliche Industrie ist für 1957 folgende Regelung verbindlich:

1. Entsprechend den Erfahrungen des Jahres 1956 stellt das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft für 1957 ebenfalls Mittel für die Entwicklung von Neuheiten zur Verfügung.

Das zur Verfügung stehende Volumen ist vorwiegend für die Neuentwicklung von Massenbedarfsgütern vorgesehen und speziell für Geräte und Maschinen, die die Hausarbeit der Frauen erleichtern sollen.

2. Die Räte der Bezirke reichen bis spätestens 15. 12. 1956 die Themen für die durchzuführenden Entwicklungsarbeiten beim Staatssekretariat ein. Das Staatssekretariat stellt auf der Grundlage der Vorschläge der Räte der Bezirke einen Entwicklungsplan auf, der nach Bestätigung den Räten der Bezirke zugestellt wird.
3. Die Entwicklungsaufträge werden erst dann erteilt, wenn eine Abstimmung mit der für die zentralgeleitete Industrie zuständigen Hauptverwaltung erfolgte und die Voraussetzungen bei den vorgeschlagenen örtlichen Betrieben vorhanden sind.
4. Nach Abschluß der Entwicklungsarbeiten erfolgt über den Rat des Bezirkes beim Staatssekretariat eine Abrechnung über den Verbrauch der Mittel und den erzielten volkswirtschaftlichen Nutzen. Nach Abschluß einer Entwicklungsarbeit nicht verbrauchte Mittel können nach Ermessen des Rates des Bezirkes für andere Entwicklungsarbeiten — nach Anhören der Fachabteilung beim Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, zur Vermeidung von Doppelentwicklungen, — ausgereicht werden. (Zi)

Besuch von Messen, Fachtagungen und Erfahrungsaustauschen in der Bundesrepublik und im Ausland

Hierzu wird folgendes für die volkseigene örtliche Industrie festgelegt:

1. Einzelbesuche von Messen durch Betriebe werden nicht mehr gestattet, sondern es erfolgen nur Gruppenbesuche unter der verantwortlichen Leitung eines Vertreters der Abt. Örtliche Wirtschaft beim Rat eines Bezirkes oder des Staatssekretariates, um eine Auswertung für den jeweiligen Industriezweig zu sichern.
2. Anträge auf Teilnahme an Messen und Ausstellungen sowie Fachtagungen und anderen Reisen sind 6 Wochen vor dem Reiseantritt über den Rat des Bezirkes beim Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, HA Volkseigene Örtliche Industrie, einzureichen. Die Abteilungen Örtliche Wirtschaft bei den Räten der Bezirke werden gebeten, für die Einhaltung dieser Termine zu sorgen, da andernfalls die rechtzeitige Beschaffung der Valutabeträge nicht gesichert ist. (Zi)

Werkleiter der volkseigenen örtlichen Betriebe:

Nachfolgend geben wir Ihnen eine Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Leichtindustrie und dem Ministerium für Handel und Versorgung bekannt. Diese Vereinbarung ist bei Vertragsabschlüssen zu berücksichtigen.

Vereinbarung

Zwischen dem Ministerium für Leichtindustrie, Hauptverwaltung Möbel, und dem Ministerium für Handel und Versorgung, Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Möbel, über Maßnahmen zur Vermeidung und schnelleren Beseitigung von Möbel-Transportschäden.

Zwischen

dem Ministerium für Leichtindustrie, Hauptverwaltung Möbel, — nachfolgend Hauptverwaltung genannt — vertreten durch

der Hauptverwaltungsleiter, Kollegen Hofmann,
und
dem Ministerium für Handel und Versorgung, Verwaltung der Niederlassungen des GHK für Möbel,
— nachfolgend Verwaltung genannt —
vertreten durch
den Leiter der Verwaltung, Kollegen Franke,
wird folgendes vereinbart:

1.

Die Hauptverwaltung verpflichtet sich, die ihr unterstellten Betriebe anzuweisen, daß dem Begehren der Niederlassungen des GHK für Möbel bei Bahntransport Möbel zerlegt zu versenden, entsprochen werden muß.

2.

Die Verwaltung verpflichtet sich, die ihr unterstellten Betriebe anzuweisen, den Versand von Möbeln in zerlegtem Zustand nur dann von den Produktionsbetrieben zu fordern, wenn eine solche Forderung durch die Länge des Transportweges oder durch die besondere Empfindlichkeit der Möbel gerechtfertigt ist.

3.

Die Forderung der Niederlassungen des GHK für Möbel auf Verladung der Möbel in zerlegtem Zustand ist vertraglich zu vereinbaren.

Kommt zwischen den Vertragspartnern keine Einigung über die Verladeart zustande, haben sie unverzüglich ihre übergeordneten staatlichen Organe davon in Kenntnis zu setzen.

4.

Um die auftretenden Transportschäden auf ein Mindestmaß zu senken, verpflichten sich der Hauptverwaltungsleiter und der Leiter der Verwaltung, die ihnen unterstellten Betriebe auf die Einhaltung bzw. auf die Kontrolle der Einhaltung der Verladerrichtlinien für Möbel — Vfg. und Mtg. des Ministeriums für Leichtindustrie, Nr. 3 vom 15. Februar 1954 — hinzuweisen.

5.

Die Verwaltung verpflichtet sich, die ihr unterstellten Betriebe anzuweisen, die Beseitigung von geringfügigen Transportschäden an Möbeln in größtmöglichem Umfang durch betriebs eigene oder durch betriebsfremde Tischler durchführen zu lassen.

6.

Die Hauptverwaltung verpflichtet sich, die ihr unterstellten Betriebe anzuweisen, Möbel, die während des Transportes Beschädigungen im größeren Umfang oder Totalschaden erlitten haben und deren Reparatur nicht oder nur durch den Einbau neuer Teile möglich ist, kurzfristig zu reparieren. Die Betriebseinheiten des GHK für Möbel können in diesen Fällen nach Aufnahme der erforderlichen Protokolle die Möbel evtl. in

demselben Waggon, in dem sie transportiert worden sind, an den Lieferer zurücksenden.

7.

Die Partner sind verpflichtet, die ihnen unterstellten Betriebe bis zum 20. 9. 1956 über den Inhalt dieser Vereinbarung in geeigneter Form zu unterrichten.

8.

Abänderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Berlin, den 24. August 1956

gez. Hofmann
Hauptverwaltungsleiter

gez. Franke
Leiter der Verwaltung
(Zi)

Notschlachtungsbetriebe

Nach § 33 der Anordnung vom 31. 5. 1956 über die Erfassung, den Verkauf und die Abnahme von tierischen Erzeugnissen (GBI. I, S. 437) sind Notschlachtungen nur in den von den Räten der Kreise dafür bestimmten Schlachtbetrieben durchzuführen.

Die von den Räten der Kreise bestimmten Betriebe müssen einer Reihe hygienischer Bedingungen entsprechen, weil mit der Durchführung von Notschlachtungen für Mensch und Tier bestimmte Gefahren verbunden sind.

Untersuchungen des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft haben ergeben, daß eine große Zahl von Notschlachtungsbetrieben in keiner Weise den Mindestanforderungen entsprechen, da es sich in der Hauptsache um stillgelegte Schlachtbetriebe handelt. Dazu kommt, daß in den meisten Notschlachtungsbetrieben unzulängliche Räumlichkeiten vorhanden sind und viel zu kleine oder keine Kühlräume zur Verfügung stehen. Dadurch entstehen hinsichtlich der Gesundheit des Menschen und auch hinsichtlich der Ausbreitung von Tierseuchen große Gefahren.

Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, HA Tierische Produktion und Veterinärwesen, Abt. Tierhygiene, wird den Abteilungen Land- und Forstwirtschaft bei den Räten der Bezirke in kürzester Zeit bestimmte Hinweise geben, um die bestehende Situation der Notschlachtungsbetriebe kurzfristig zu verändern.

Die Abteilungen Örtliche Wirtschaft bei den Räten der Bezirke und Kreise erhalten die Aufgabe, sich in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Land- und Forstwirtschaft für eine schnelle Beseitigung der vorhandenen Mängel einzusetzen.

(Ha)

Broszeit
Hauptabteilungsleiter

ABT. PLANUNG UND FINANZKONTROLLE

Die Bedeutung des Betriebspasses in der volkseigenen örtlichen Industrie

Zu Beginn dieses Jahres wurde vom Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft die Einführung des Betriebspasses für die volkseigenen örtlichen Betriebe angewiesen. Als Termin der Fertigstellung war der 30. Juni 1956 vorgesehen. Dieser Termin wurde jedoch überschritten, und auch heute ist der Paß noch nicht in allen seinen Teilen fertiggestellt.

Einmal resultierte diese Verzögerung aus den Unklarheiten, die sich im Rahmen der Kapazitätsermittlung ergaben, zum anderen aber resultiert der Terminverzug aus einer Unterschätzung der Bedeutung des Passes. Letzteres ist leicht zu beweisen an Hand der z.T. mangelhaften Ausfüllung des Formblattes — Technisch-Wirtschaftliche Kennziffern

Der Paß soll zu einer qualitativ besseren Leitungsmethode führen, sowohl innerhalb des Betriebes als

auch in der Anleitung des VEB (K). Vielfach wird der Paß jedoch nur als eine zusätzliche Belastung betrachtet. So vertrat z. B. der Werkleiter eines Maschinenbaubetriebes im Kreis Grabow (Bezirk Schwerin) die Ansicht, daß der Paß lediglich Bedeutung für den Rat des Kreises besitzt, daß er für ihn jedoch nur eine unnötige Arbeit bedeute, für die er im Augenblick auch keine Zeit habe. Aus diesen Worten ist zu erkennen, wie sehr der Paß unterschätzt wird.

Es muß bei der Bedeutung des Passes oberstes Prinzip sein, daß dieses Formularwerk jährlich per 31. Dezember schnell einen Überblick über das Betriebsgeschehen gibt. Das kann er aber nur, wenn ausgehend von den Forderungen des Passes — speziell dem Teil TWK — ein System von betrieblichen Kennziffern entwickelt wird, was in bestimmten Zeitabständen (täglich, wöchentlich, monatlich) abgerechnet wird, d. h. der Paß soll dazu anregen, den Betrieb mit Hilfe eines aussagekräftigen Kennziffernsystems auf qualitativ bessere Art zu lenken. Dabei soll dieses System keine zusätzliche Belastung darstellen, sondern die Teile des alten Leitungssystems, die sich als schlecht erweisen, ersetzen. Die wesentlichsten Anknüpfungspunkte dazu bieten die Abschnitte TWK, Kapazitäten und Materialwirtschaft. Ein solches System wird einen exakten Überblick über den Betrieb gestatten und verhindern, daß sich irgendwelche Disproportionen oder andere Fehler im Betrieb entwickeln.

Somit erschöpft sich die Bedeutung des Passes für den Betrieb nicht in dem Formularwerk, sondern letzteres ist nur ein Anstoß für bestimmte Maßnahmen.

Diese Auffassung garantiert dann auch die Exaktheit der in den einzelnen Teilen des Passes aufgeführten Zahlen.

Aus genannten Gründen muß das Hauptaugenmerk der Abt. Örtliche Wirtschaft bei der Ausarbeitung des Passes auf die Kapazitätsermittlung und auf die Ausarbeitung betriebsindividueller TWK gerichtet sein.

Sind die Zahlen unter diesem Gesichtspunkt entstanden geben sie auch dem übergeordneten Organ, d. h. der Abt. Örtliche Wirtschaft des Kreises, einen viel breiteren, aber besonders tieferen Einblick in das jeweilige betriebliche Geschehen und gestatten eine Anleitung, die alle betrieblichen Besonderheiten berücksichtigt.

Aus den aufgeführten Gedanken ergibt sich die Notwendigkeit für die Abt. Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke, den Kreisen und Betrieben hierbei eine konkrete Anleitung zuteil werden zu lassen, das ist aber nur dann möglich, wenn für die Lösung dieser Aufgabe die Kraft der gesamten Abteilung eingesetzt wird. Die bisherige Methode, daß ein Kollege allein all diese Fragen bewältigen sollte, reicht hierzu nicht mehr aus. Alle Fachreferenten müssen eingesetzt werden für die Anleitung ihrer Betriebe, wobei sie der hauptverantwortliche Kollege anleitet.

Nur wenn wir allen Beteiligten die Bedeutung des Betriebspasses vor Augen führen und alle Kräfte für die Ausarbeitung einsetzen, wird er wirklich zu einem Instrument zur Verbesserung der Leitungstätigkeit in der örtlichen Wirtschaft. (Br)

Ergänzung zum Betriebspaß in der volkseigenen örtlichen Industrie

- I. In der Torfindustrie ist folgendes zu berücksichtigen:
 - a) Im Formblatt II (A-D) des Betriebspasses sind die Flächen in ha, nicht in m² anzugeben,
 - b) die Lageskizze kann weggelassen werden,

- c) die erreichbare Kapazitätsausnutzung wird auf der Grundlage von 100 Arbeitstagen bei 13 Stunden täglicher Betriebsdauer errechnet. — Ausgangspunkt sind dabei 100 Tage einschichtig, davon jedoch 62 Tage zweischichtig.

Von dieser Zeit werden dann keine Reparaturzeiten mehr abgesetzt.

Dieser Zeitfonds kann entsprechend der territorialen Lage unterschiedlich sein. In jedem Falle ist er aber der höchstmögliche Zeitfonds.

- d) Die Räumkapazität der Trockenflächen ist mitzuberechnen.

- e) Folgende TWK gelten außer den im Paß enthaltenen noch als verbindlich:

m³ Rohtorf pro Produktionsarbeiter pro Jahr,
durchschnittlicher Wassergehalt des Rohtorfs,
Gewinn pro industr. Personal bzw. Produktionsarbeiter.

II. In den Betrieben mit Saisonproduktion (z. B. Konserven- und Marmeladenfabriken) gelten für den Zeitfonds, der der erreichbaren Kapazitätsausnutzung zugrunde gelegt wird, dieselben Prinzipien wie in der Torfindustrie. Es ist in jedem solchen Fall die unter den Bedingungen höchstmögliche jährliche Produktionszeit zu ermitteln. Da die Reparaturen außerhalb der Saisonzeit liegen können, müssen die Abzüge für Reparaturen entfallen bzw. sehr gering sein. Diese Regelung gilt nur für die erreichbare Kapazitätsausnutzung, nicht für die Produktionskapazität (bisher maximale Kapazität). Letztere wird wie im Paß festgelegt ermittelt.

Der im Formblatt II/J festgelegte Ausnutzungsgrad der Maschinen und Anlagen wird von dieser Festlegung ebenfalls nicht berührt. Hier gelten weiterhin die alten Festlegungen.

III. In Betrieben, in denen eine Kapazitätsermittlung aufs Erzeugnis zu umfangreiche Arbeiten erfordert, d. h. der Aufwand größer ist als der Nutzen, reicht die Aufstellung einer Zeitbilanz, d. h. es wird auf Grund der Prinzipien zur Kapazitätsermittlung der mögliche Zeitfonds ermittelt, dem dann im Laufe des Jahres (wöchentlich, monatlich) die tatsächliche Maschinenzeit gegenübergestellt wird.

Das gilt z. B. für Betriebe des allgemeinen Maschinenbaues mit umfangreichem Sortiment bzw. ständig wechselndem Sortiment.

IV. Die vom Arbeitskreis entwickelten Formblätter zur Kapazitätsermittlung (Anlage 2 des Passes) sind nicht schematisch allen Betrieben verbindlich vorgeschrieben. Sie sollen den Betrieben eine Hilfe sein, wobei einzelne Abweichungen möglich bzw. sogar notwendig sein können.

V. Dem Betriebspaß ist jeweils der Perspektivplan des Betriebes beizufügen.

VI. In den Bezirken, wie z. B. Bezirk Rostock, in denen bisher noch nicht die Räte der Kreise, Abt. Örtliche Wirtschaft, bei der Einführung des Passes mitgearbeitet haben, ist es notwendig, dies bald nachzuholen, da der Paß ein Arbeitsmittel für den Rat des Kreises sein soll. Diese Kollegen müssen wissen, wie die Daten im Betriebspaß entstanden sind und was sich hinter ihnen verbirgt.

VII. Bei Verlustbetrieben ist im Abschnitt IX unter Gesamtakkumulation und Nettogewinn der Verlust, die Stützung und die D-Fondsstützung rot einzutragen. (Br)

Neumann
Abteilungsleiter

HA — HANDWERK

Leistungen der Sozialversicherung an Mitglieder handwerkschaftlicher Produktionsgenossenschaften

Der Bundesvorstand des FDGB, Verwaltung der Sozialversicherung, teilte der HA Handwerk am 1. November 1956 mit, daß das Sekretariat des Bundesvorstandes am 29. Oktober 1956 folgenden Beschluß gefaßt hat:

Alle Mitglieder von handwerkschaftlichen Produktionsgenossenschaften einschließlich der Mitglieder von Produktionsgenossenschaften des Blindenhandwerks erhalten von der Sozialversicherung folgende Leistungen:

1. Bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit Krankengeld ab erstem Tag;
2. bei Schwangerschaft und Entbindung Leistungen nach dem Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. September 1950 und
3. bei notwendiger Pflege erkrankter Kinder Unterstützung nach der „Anordnung über die materielle Hilfe für alleinstehende werktätige Mütter ...“ vom 19. Januar 1956.

Die Leistungen treten auch für bereits laufende Fälle in Kraft. (BÜ)

Belieferung der Genossenschaften des Handwerks mit Achsen, Federn und Kugelgelenkkränzen

Der VEB Roßweiner Achsen-, Federn- und Schmierwerke „Hermann Matern“ in Roßwein gibt dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft Kenntnis, daß folgende Regelung für die Einkaufs- und Liefergenossenschaften bezüglich der Belieferung mit Achsen, Federn und Kugelgelenkkränzen festgelegt wurde:

1. Einkaufs- und Liefergenossenschaften des fahrzeugbauenden Handwerks können lediglich nur in Höhe ihrer staatlichen Aufgabe mit den unter der Überschrift genannten Erzeugnissen ab Werk direkt beliefert werden.
2. Bestellungen der Genossenschaften des Handwerks werden durch den volkseigenen Betrieb „Hermann Matern“ in Roßwein nur dann berücksichtigt, wenn

ihm durch den zuständigen Rat des Bezirkes, Abt. Örtliche Wirtschaft, die staatliche Aufgabe bekanntgegeben wird. Dadurch wird vermieden, daß die Genossenschaften Ersatzteile für Erstausrüstung verwenden und über die bestätigte staatliche Aufgabe hinaus Achsen, Federn und Kugelgelenkkränze bei dem VEB vertraglich binden.

3. Sämtlicher Ersatzteilbedarf für die unter der Überschrift genannten Erzeugnisse wird nur von den Niederlassungen der DHZMF vertrieben.

Die in Absprache mit den Vertretern der DHZMF festgelegte Regelung ist den Einkaufs- und Liefergenossenschaften durch die Handwerkskammern bekanntzugeben und auf die Einhaltung derselben einzuwirken. (BÜ)

Rechnungswesen der Produktionsgenossenschaften

Zur weiteren wirtschaftlichen Festigung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks hat ein Kollektiv ein einheitliches Rechnungswesen für die Produktionsgenossenschaften des Handwerks ausgearbeitet.

Dieses Rechnungswesen entspricht der Form und seinem Inhalt nach dem Charakter der sozialistischen Produktionsgenossenschaften des Handwerks. Da es eine wesentliche Verbesserung und Erleichterung der Arbeit der Produktionsgenossenschaften des Handwerks darstellt, wird dieses für alle Produktionsgenossenschaften des Handwerks ab 1. Januar 1957 verbindlich erklärt.

„Das Rechnungswesen“ erscheint beim Deutschen Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17, als Broschüre unter der Bezeichnung „Kontenrahmen für die Produktionsgenossenschaften des Handwerks (mit Erläuterungen und Buchungsbeispielen)“ und ist ab Mitte November vom Verlag zu beziehen.

Die Räte der Bezirke, Abt. Örtliche Wirtschaft, werden hiermit angewiesen, die Produktionsgenossenschaften des Handwerks über die Handwerkskammern der Bezirke hiervon zu unterrichten. (Kö)

Reetz

Leiter der Hauptabteilung

HA — PRIVATE WIRTSCHAFT

Zur weiteren Konkretisierung der Verordnung über die Einführung der Kontrolle der Warenbewegung des Ministeriums für Handel und Versorgung vom 22. Dezember 1955 hat das Ministerium nachstehende Anordnung vom 15. Oktober 1956 erlassen, die Ihnen hiermit zur Kenntnis gebracht wird.

Anordnung

Auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses vom 4. Oktober 1956 weise ich hiermit folgendes an:

1. Die in der Anlage zu § 1, Abs. 2 der Durchführungsbestimmung vom 23. Februar 1956 zur Verordnung über die Einführung der Kontrolle der Warenbewegung (GBl. I, Seite 225) genannte Nomenklatur wird ab sofort außer Kraft gesetzt.
2. Für die Zeit vom 15. Oktober 1956 bis 31. Dezember 1956 wird folgende Sonderregelung getroffen:
 - a) Die sozialistischen Einzelhandelsbetriebe und der private Einzelhandel sind berechtigt, direkt von den sozialistischen Produktionsbetrieben Industriewaren,
 - aa) die über den Plan hinaus produziert wurden

- bb) für deren Absatz Verträge mit dem sozialistischen Großhandel nicht zustande gekommen sind, zu beziehen.

Der Bezug erfolgt zum Großhandelsabgabepreis.

- b) Soweit die unter Abs. a) genannten Industriewaren als (K)-Produktion der Kontingentierung unterliegen, ist für deren Bezug kein Kontingent erforderlich.

- c) Die Bestimmungen der Abs. a) und b) beziehen sich nicht auf die in der Anlage 1 genannten Positionen.

- d) Nimmt der Einzelhandel Industriewaren nicht zu dem mit dem staatlichen Großhandel vertraglich vereinbarten Liefertermin ab, so hat der staatliche Großhandel das Recht, diese Waren 14 Tage nach erfolgtem Angebot gegenüber dem Vertragspartner an andere sozialistische Großhandelsbetriebe oder an den sozialistischen oder privaten Einzelhandel zu verkaufen.

- e) Der Bezug von Industriewaren gemäß der Abs. a) und d) kann zusätzlich zur planmäßigen Warenbereitstellung erfolgen.

- f) Bei Direktbezügen gemäß Abs. a) sind die Großhandelskontore nicht berechtigt, Bestätigungsgebühren laut Preisverordnung Nr. 232 vom 1. März 1952 (GBl. Nr. 32) in Verbindung mit der Preisverordnung Nr. 423 vom 5. Juli 1955 (GBl. I Seite 490) zu erheben.
3. a) Für die gemäß Abs. 1 außer Kraft gesetzte Nomenklatur (Anlage 1 der 1. Durchführungsbestimmung) tritt die als Anlage 2 zu dieser Anordnung veröffentlichte Nomenklatur in Kraft und zwar
- für Nahrungs- und Genußmittel** (Anlage 2, Pos. 1—9)
ab 15. Oktober 1956
- für Industriewaren** (Anlage 2, Pos. 10—26)
ab 1. Januar 1957.
- b) Anträge auf Erteilung von Bezugsberechtigungen müssen vom Antragsteller mindestens 6 Wochen vor Beginn eines Quartals beim zuständigen Rat des Kreises gestellt werden.
- c) Die Räte der Kreise haben über die Anträge binnen 3 Wochen zu entscheiden und die Bezugsberechtigungen im Falle der Erteilung dem Antragsteller zu übersenden.
- Im Falle der Ablehnung ist dies dem Antragsteller mit der notwendigen Begründung mitzuteilen.
4. Vom 15. Oktober 1956 bis 31. Dezember 1956 wird die Genehmigungspflicht für die überkreisliche und überbezirkliche Warenbewegung von Industriewaren durch die Abteilungen Handel und Versorgung der Räte der Bezirke und Kreise außer Kraft gesetzt.
- Entgegenstehende Bestimmungen verlieren für diese Zeit ihre Gültigkeit.
- gez. Wach

Anlage 1 zu Abs. 2 c) vorstehender Anordnung

Nomenklatur

Warenart	Artikel	Nr. der Schlüssel- liste z. WU- u. WB-Plan 1956	Planpos.-Nr. der Produktions- Schlüssel- liste 1956
Textilien und Bekleidung			
1. Kammgarn- und Halbkammgarngewebe aus Wolle	nur Importe	4 110	3 241 111 K
2. Haargarngewebe	nur Importe	4 127	3 241 113
3. Streichgarngewebe aus Wolle	nur Importe	4 130	3 241 131 K
4. Baumwollgewebe	nur Samt Cord nur Popeline uni nur Popeline uni nur Couvert. Züchen nur Damast, Streifensatin	4 150	3 241 141 K
5. Naturseiden- und Halbbeidengewebe	nur China-Brokat nur Samt uni	4 170	3 241 181
6. Perlon	nur sämtl. Artikel	4 179	3 241 184
7. Kunstseiden- und Halbkunstseidengewebe	nur Steppdeckendamast nur Regenschirmseide	4 180	3 241 182 K
8. Teppiche und Läufer	nur Flor aus Wolle Perlon Bouclé	4 250	aus 3 244 100 3 244 200
9. Strümpfe	nur Jacquard, H. D. K., 3/4 lang	4 319	3 271 118
10. Handstrickgarne	nur Importe	4 430	3 253 000
11. Reißverschlüsse		4 495	2 266 000
12. Miederwaren	nur Atlas	4 549	3 358 000
13. Konf. Oberbekleidung für Herren, Damen und Kinder	nur aus KG.-Wolle nur Importe nur aus Streichgarn nur Wolle Imp. nur aus Cordsamt nur Popeline Bw. nur Frottiergew. nur Samt aus Naturseide Perlon	4 610 4 620 4 630	3 313 000—3 315 000 3 319 000 3 311 000—3 319 000 3 321 000—3 329 000 3 331 000—3 339 000
14. Sport- und Oberhemden für Herren und Burschen	nur aus Popeline uni	4 720	3 351 000
15. Frottierhandtücher		4 850	3 364 000

Warenart	Artikel	Nr. der Schlüssel- liste z. WU- u. WB-Plan 1956	Planpos.-Nr. der Pro- duktions- Schlüssel- liste 1956
Sonstige Industriewaren		7 353	2 362 300
16. Fahrradketten		6 211	157 120
17. Haushaltporzellan		7 330	2 351 300
18. Motorräder		7 560	2 764 100 und
19. Fernsehempfänger			2 764 200
		7 541	2 782 110
20. Glühlampen			

Anlage 3 zu Abs. 3 vorstehender Anordnung

Nomenklatur

Artikel	Nr. der Schlüssel- liste z. WU- u. WB-Plan 1956	Planpos.-Nr. der Pro- duktions- Schlüssel- liste 1956
Nahrungs- und Genußmittel		
aus der Planposition „Sonstiges verarbeitetes Obst“ des WB-Planes:	16 151	a/3 759 100
1. Gefrierobst		
aus der Planposition „Gemüsekonserven“ des WB-Planes:	a/16 120	a/3 757 200
2. Gemüsekonserven in Dosen und Flaschen (sofern nicht kontingentierte)		
aus der Planposition „Übrige Nahrungsmittel“ des WB-Planes:	13 400	3 756 300
3. Kunsthonig und Sirup	13 700	3 756 200
4. Marmeladen	15 220	3 718 400
5. Magerkäse	15 230	3 718 300
6. Speisequark		
aus der Planposition „Rauchtabak, Kau- und Schnupftabak“ des WB-Planes:	21 240	3 828 100 und
7. Zigarren und Zigarillos		3 828 200
aus der Planposition „Wein und Sekt“ des WB-Planes:		
8. Obst-, Beeren- und Kräuterwein (einschließlich Obstschaumwein)	22 410	a/3 814 100
9. Spirituosen	22 430	3 814 500
Textilien und Bekleidung		
10. Perlseidengewebe	4 179	3 241 184
11. Leinen- und Halbleinengewebe, leicht	4 190	a/3 241 191
12. Konfektionierte Leibwäsche aus Gewebe	4 700	3 351 000 bis 3 354 000 3 356 000 und 3 357 000
13. Damenstrümpfe aus Perlon	4 311	3 271 111
14. Trainingsbekleidung	4 337 bis 4 338	3 271 133
15. Möbelstoffe	4 210	3 241 160
16. Konfektionierte Haushaltswäsche und Bettausstattungen	4 800	3 361 000 bis 3 364 000 3 366 000 und 3 387 000
17. Reißverschlüsse	4 495	2 666 000

Artikel	Nr. der Schlüssel- liste z. WU- u. WB-Plan 1956	Planpos.-Nr. der Pro- duktions- Schlüssel- liste 1956
Kulturbedarf		
aus der Planposition „Musikinstrumente und Zubehör“ des WB-Planes:		
18. Akkordeons, Bandonien und Handharmonikas	5 412	3 152 000
aus der Planposition „Papierwaren“ des WB-Planes:		
19. Toilettenpapier, Butterbrotpapier, Einschlag- und Schrankpapier	a/5 617	3 539 311 bis 3 539 313
Glas, Keramik, Holz und Baustoffe		
20. Haushaltsporzellan	6 211	1 571 120
aus der Planposition „Glaswaren“ des WB-Planes:		
21. Wirtschaftsglas, mündgeblasen (nur Kelchglas)	6 242	1 584 210
Eisen- und Metallwaren, Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge und Bereifungen		
22. Eisengeschirr, verzinkt	7 112	2 649 000
23. Eßbestecke, vierteilig	7 126	2 653 400
24. Eßbesteck Einzelteile	7 127	2 653 100 bis 2 653 300
Elektrotechnische Erzeugnisse		
25. Elektrische Haus- und Heizgeräte	7 510	2 747 000
Chemische Erzeugnisse		
26. Seifen — nur Luxus- und Feinseifen.	8 110	1 441 610 und 1 441 620

HANDBUCH DES ALLGEMEINEN VERTRAGSSYSTEMS

Herausgegeben vom Staatlichen Vertragsgesetz bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

LOSEBLATTSAMMLUNG

DIN A5 · 1514 Seiten · Preis einschl. Ordner und 2 Nachträge 26,08 DM

Nachtragslieferung je Blatt 4 Pf.

Das Werk enthält alle gesetzlichen Bestimmungen des Allgemeinen Vertragssystems und die mit diesem in Zusammenhang stehenden Beschlüsse, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik, der Fachministerien und Staatssekretariate, der Staatlichen Plankommission und des Staatlichen Komitees für Materialversorgung, des Magistrats von Groß-Berlin und des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften. Sämtliche Allgemeinen Bedingungen für den Abschluß von Verträgen, Allgemeinen Lieferbedingungen und Musterverträge sind mit aufgenommen worden.



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN

Herausgeber: Staatssekretariat für Öffentliche Wirtschaft, Berlin. Redaktion: verantwortlich Kurt Stöwe, Pressestelle des Staatssekretariats, Berlin C 2, Am Zeughaus 1/2, Fernruf: 2207, 3431. Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17, Fernruf: 67 64 11. Postcheckkonto: 1400 25. — Erscheinungsweise: monatlich einmal. — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch für Volkseigene Öffentliche Betriebe — VEB (K) —, staatliche Organe, volkseigenen und genossenschaftlichen Handel, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, PGH, Universitäten, Hoch- und Fachschulen, demokratische Presse, Parteien und Gewerkschaften. — Bezugspreis: vierteljährlich — 90 DM. — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungsnummer AG 138/56 DDR. — Druck: (67/10) VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55. — 2511 56 Rr

Verfügungen und Mitteilungen

des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft

1956

BERLIN, OKTOBER 1956

Nr. 1

Geleitwort

Die erste Ausgabe der „Verfügungen und Mitteilungen“ des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft nimmt nunmehr ihren Weg zu den tausenden volkseigener örtlicher Betriebe, zu den Staats- und Wirtschaftsfunktionären, die in der örtlichen Wirtschaft tätig sind. Darüber hinaus wünschten auch die Parteien des demokratischen Blocks und ihre Presseorgane sowie viele Verwaltungen und Bildungsstätten, die an der Arbeit in der örtlichen Wirtschaft der DDR interessiert sind, ständig durch ein offizielles Organ des Staatssekretariats für Örtl. Wirtschaft über die Aufgaben, die Arbeit und die Perspektiven der örtlichen Wirtschaft unserer Republik unterrichtet zu werden.

Vielseitig, umfassend und kompliziert sind die Aufgaben der Leitung der örtlichen Wirtschaft. Sie zu lösen, ist auf Grund der Vielfältigkeit einem zentralen Organ des Staatsapparates nicht möglich. Hierin besteht ein grundsätzlicher Unterschied zu den zentralgelenkten volkseigenen Betrieben und ihren Fachministerien. Örtliche Betriebe sollen vorwiegend den örtlichen Bedarf befriedigen und dabei zum großen Teil auf örtliche Reserven zurückgreifen. Es ist verständlich, daß diese Probleme auch von den örtlichen Staatsorganen und den örtlichen Volksvertretungen gelöst werden müssen. Gegenüber dem Ministerrat sind daher auch die örtlichen Staatsorgane – die Räte der Bezirke – für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben im Bereich der örtlichen Wirtschaft in allen drei Eigentumsformen voll verantwortlich. Daß sich dabei aber eine Vielzahl von Problemen ergibt, die überbezirklichen Charakter tragen, die Grundsatzfragen darstellen und eine zentrale Regelung erfordern, ist verständlich.

Eben hierfür ist das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft zuständig. Seine Aufgaben kann es nur gemeinsam mit den örtlichen Staatsorganen lösen. Es gibt keine direkte Unterstellung von örtlichen Betrieben unter das Staatssekretariat. Von hier können auch nicht Einzelprobleme der örtlichen Betriebe gelöst werden, z. B. Materialfragen oder Absatzschwierigkeiten.

Eines aber kann und muß das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft tun: die örtlichen Betriebe über seine Arbeit und deren Ergebnisse umfassend und allseitig informieren, wobei diese Information gleichzeitig als Anleitung dient.

Bisher geschah dies zu wenig und die Unzufriedenheit vieler Betriebe hierüber ist verständlich.

Durch das offizielle Organ des Staatssekretariats, das nunmehr regelmäßig zum Monatsende erscheint, wird dieser Mangel überwunden.

Gleichzeitig werden die „Verfügungen und Mitteilungen“ des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft den Betrieben, staatlichen Organen, demokratischen Parteien, Presseorganen und Bildungsstätten eine offizielle Dokumentation über die Arbeit und die Entwicklung der örtlichen Wirtschaft in der DDR sein.

Das wollen wir erreichen, und wir bitten alle Interessierten, uns durch kritische Hinweise hierbei zu unterstützen.

Im Namen des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft entbiete ich den Lesern der „Verfügungen und Mitteilungen“ herzliche Grüße und wünsche, daß das Blatt ein wertvolles Hilfsmittel für die Verbesserung unserer Arbeit sein möge.

Kasten,
Staatssekretär

Inhaltsverzeichnis:

Geleitwort	1	Abt. Koordinierung der Arbeit der Räte der Bezirke	8
Nomenklatur der Verschlusssachen des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft und der Industrie- und Handelskammer	2	Direktive zur Ermittlung des örtlichen Bedarfs und dessen Berücksichtigung in der Produktion der örtlichen Wirtschaft	8
Aufruf des VEB (K) Präzisionswerkstätten Mittweida	3		
HA VEO Industrie und Produktionskoordinierung		HA Handwerk	
Kontenrahmen 1957	3	Mitteilungen für handwerkliche Produktionsgenossenschaften	9
Branchenrichtlinien	4	Mitteilung über den Wegfall der Abrechnung und Meldung der Exportaufträge des Handwerks im Jahre 1956	9
Abgabe der Fertigung von Maschinentypen	4	HA Priv. Wirtschaft	
Abschluß von internationalen Lizenzverträgen	4	Planung der Produktion der priv. Industriebetriebe	9
Beratungsdienst für die Anwendung der Epoxydharz-Methode	5	Zur Ermittlung der wichtigsten Produktionskapazitäten der priv. Industriebetriebe	9
Händlervergütung bei alkoholfreien Getränken	5	Mitteilung über das Verfügungs- und Mitteilungsblatt des Staatlichen Vertragserichts bei der Regierung der DDR (neue Folge)	10
Holzinsparungsmaßnahmen	5	Patente, Warenzeichen und Muster	10
Abt. Planung und Finanzkontrolle		Pressestelle	
Betriebsplan 1957	5	Wie steht es um die Exportfähigkeit der örtl. volkseigenen Betriebe?	10
Methode zur Erarbeitung von Vorratsnormen in der volkseigenen örtlichen Industrie	6	Bezugsbedingungen der „Verfügungen u. Mitteilungen“	10

**Nomenklatur
der Verschlusssachen des Staatssekretariats
für Örtliche Wirtschaft
und der Industrie- und Handelskammer**

Betreff	Staatssch. f. Örtl. W. IHK	Bezirke Handwerks- kammer	Kreis	Betrieb	Betreff	Staatssch. f. Örtl. W. IHK	Bezirke Handwerks- kammer	Kreis	Betrieb
1. HA Handwerk /					3. Industrie und Handelskammer				
a) Leistungsangebot des Handwerks	VA	VA	—	—	a) Das der Industrie insgesamt gestellte Soll der DDR	VD	VD	—	—
b) Volkswirtschaftsplan Planteil Handwerk einschl. Zusatzpläne und Pläne der Produktionsgenossenschaften	VD	VD	—	—	b) Das Gesamtsoll der Betriebe eines Bezirkes	VD	VD	—	—
c) HQ-Berichterstattung einschließlich Planabrechnung	VA	VA	—	—	c) Berichtigung zu den Volkswirtschaftsplänen	VD	VD	—	—
d) Analysen zum HQ-Bericht und sonstigen Analysen des Handwerks	VD	VD	—	—	d) Plan der Massenbedarfs-güter sowie deren Abrechnung	VD	VD	—	—
e) Vertragsabrechnung	VD	VD	—	—	e) Material-Gesamtbearbeitungsplan	VD	VD	—	—
2. Planung und Finanzkontrolle					f) Übersicht über Materialgesamt-kontingente	VD	VD	—	—
a) FKM (Ö)	VD	VD	VA	VA	g) Gesamtabrechnung über Materialeingänge und Verbrauch (M 32E)	VD	VD	—	—
b) KBIO	VD	VD	VA	VA	h) Übersicht über die Gesamtzahl der Beschäftigten in der privaten Industrie	VD	VD	—	—
c) Industriebericht-erstattung (IM)	VD	VD	VA	VA	i) Übersicht über die Anzahl der Beschäftigten im Bereich	VA	VA	—	—
d) Arbeitskräfteplan-abrechnung (AQI) nach den 7 Hauptplangruppen	VD	VD	VA	VA	k) Übersicht über die Gesamtzahl der der Kammer angehörigen Industrie-, Verkehrs-, Handels- und sonstigen Betriebe	VA	VA	—	—
e) Arbeitskräfteplan-abrechnung AMI insgesamt (monatlich)	VD	VD	VA	VA	l) Übersicht über die Verteilung der Betriebsgrößen in der privaten Industrie	VA	VA	—	—
f) monatliche Meldungen über die Export-planerfüllung	VD	VD	VD	VD					
g) Zusammenfassung Exportplanerfüllung	VD	VD	VD	VD					
h) Exportplanvorschläge	VD	VD	VA	VA					
i) Aufholepläne	VD	VD	VA	VA					

Betreff	Staatssekretariat f. Örtl. Wirt.	Bezirk Handwerks- kammer	Kreis	Betrieb
m) Analysen über die Umsatzentwicklung der gesamten privaten Industrie	VD	VD	—	—
n) Analysen über die Umsatzentwicklung der privaten Verkehrsbetriebe insgesamt und der Sparten Kraftverkehr sowie Schifffahrt	VD	VD	—	—
o) Analysen über die Umsatzentwicklung der privaten Handelsbetriebe insgesamt und der Sparten Einzelhandel und Großhandel	VD	VD	—	—
p) Plan der Berufsausbildung sowie Vorschläge für diesen Plan, die die Gesamt-lage für einen Bezirk und mehr erkennen lassen	VD	VD	—	—

Beil

i. V. des Staatssekretärs

VD = Vertrauliche Dienstsache

VA = Verwaltungspost A

Auftrag des VEB (K) Präzisionswerkstätten Mittweida

Die Arbeitstagung der Leiter der Abt. Örtliche Wirtschaft am 25. und 26. September 1956 im Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft befaßte sich u. a. mit der Frage der Realisierung der Aufholepläne zur Planerfüllung 1956.

Der Bezirk Karl-Marx-Stadt gibt hierfür ein gutes Beispiel. Dort wurden in allen Kreisen die Ursachen für die Planrückstände analysiert und Maßnahmen zur Aufholung der Pläne getroffen. In diesem Bezirk haben sich die Räte einiger Kreise in Sonderratssitzungen über die Realisierung des Aufholens der Planrückstände ernsthaft beschäftigt.

Im Ergebnis dieser Beratungen und anderen Aussprachen mit den Werktätigen der Betriebe wurde der Auftrag des VEB (K) Präzisionswerkstätten Mittweida ausgelöst.

Dieser Auftrag war nicht nur die Grundlage für den Wettbewerb innerhalb eines Kreises, sondern entfaltete den Wettbewerb von Kreis zu Kreis innerhalb des Bezirkes.

Der Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt bildete eine Wettbewerbskommission, die sich mit einem Schreiben an die Abt. Örtliche Wirtschaft bei den Räten der Kreise und Städte wandte, das wir auszugsweise veröffentlichen:

„Um die Aufholung der entstandenen, erheblichen Planrückstände und damit die Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1956 zu sichern, schlagen wir die Durchführung von Wettbewerben zwischen den VEB (K) innerhalb der Kreise vor.“

Grundlagen:

Um alle Betriebe an der Teilnahme zu interessieren, muß eine für alle Betriebe gleiche Ausgangsbasis gefunden werden. Dazu schlagen wir vor, daß der jeweilige Rat des Kreises mit jedem einzelnen Betrieb ein Wettbewerbsoll erarbeitet. Dabei muß unter Berücksichtigung der bisherigen Erfüllung des I.—III. Quartals die bis zum Jahresende noch mögliche Erfüllung und Übererfüllung festgelegt werden. Der Wettbewerb wird dann um die Erfüllung und Übererfüllung des Wettbewerbsolls geführt.

Wettbewerbspunkte:

Im Sonderwettbewerb wird nur für

- a) die Warenproduktion und
 - b) den Gewinnplan
- ein Wettbewerbsoll festgelegt und ausgewertet.

Wettbewerbsbedingungen:

Teilnahmeberechtigt sind alle VEB (K), die folgende Bedingungen anerkennen und erfüllen:

1. Übernahme konkreter Verpflichtungen zur Erfüllung des Wettbewerbsolls,
2. Durchführung eines innerbetrieblichen Wettbewerbs zur Erfüllung des Wettbewerbsolls bzw. der konkreten Verpflichtungen.

Wettbewerbszeitraum:

Der Wettbewerb läuft in der Zeit vom 1. Oktober 1956 bis 31. Dezember 1956 und soll bis zum 31. Januar 1957 ausgewertet und die Siegerbetriebe ausgezeichnet sein.

Prämierung:

Der Rat des Bezirkes stellt die Mittel zur Prämierung der Siegerbetriebe den Räten der Kreise zur Verfügung. Die Prämien sind nur zur individuellen Auszeichnung der Kolleginnen und Kollegen zu verwenden, die die besten Leistungen im Wettbewerb erzielt haben.“

Hiermit wurde die Initiative der Kollegen aus Mittweida aufgegriffen. Das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft ist der Meinung, daß hier ein guter Weg beschritten wurde, um die Planrückstände in der VE Örtlichen Industrie aufzuholen und den Betrieben einen guten Start für das nächste Planjahr zu ermöglichen. Den Kollegen aus Mittweida gebührt daher unser Dank und unsere Anerkennung.

HA VE Örtliche Industrie und Produktionskoordinierung**Kontenrahmen 1957**

Gemäß § 19 der Verordnung über die Buchführung und die buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Industriebetriebe vom 22. September 1955 (GBl. I Seite 713) gilt für das Jahr 1957 in Übereinstimmung mit dem Ministerium der Finanzen der Kontenrahmen des Jahres 1956 mit folgenden Änderungen:

1. Zu streichen ist das Konto
9310 Körperschaftsteuer
2. Zu ändern bzw. zu ergänzen sind folgende Konten:
091 Überhöhte Kosten für Generalreparaturen
(bisher 098)
410 Eigenverbrauch von Haupt-, Hilfs- und Nebenleistungen der Warenproduktion

- 4100 Verrechnung des Eigenverbrauchs
- 4101 Kosten für Eigenverbrauch
- 411 Eigenverbrauch von anderen Haupt-, Hilfs- und Nebenleistungen
- 4110 Verrechnung des Eigenverbrauchs
- 4111 Kosten für Eigenverbrauch
- 60 Absatz von Haupt-, Hilfs- und Nebenleistungen der Warenproduktion
- 600 bis 609 wie bisher
- 61 Absatz von anderen Haupt-, Hilfs- und Nebenleistungen
- 610 bis 619 analog zu 600 bis 609
- 9312 Zuführungen zum Umlaufmittelfonds
- 9313 Zuführungen zum Investitionsfonds
- 940 Investitionskredite

Erläuterungen:

Durch den Wegfall der Körperschaftsteuer wird das bisher geführte Konto 9310 nicht mehr benötigt.

Das bisherige Konto 098 wurde in Bezeichnung und Numerierung dem entsprechenden Konto der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie angeglichen.

Um den Betrieben eine einwandfreie buchhalterische Darstellung der Kosten und Erlöse der Warenproduktion zu ermöglichen, deren Nachweis in der Finanzberichterstattung gefordert wird, sind die oben dargestellten Änderungen in den Kontenklassen 4 und 6 (Gruppe 41) und (Gruppen 60 und 61) vorgenommen worden.

Für einen klaren Nachweis der Investitionskredite wurde das Konto 940 aufgenommen, damit diese Kredite künftig nicht mehr mit den anderen Sonderdarlehen (Konto 942) vermischt ausgewiesen werden.

Da gemäß den Grundsätzen für die Aufstellung des Staatshaushaltsplanes 1952 ab 1. Januar 1957 die Verordnung über die Verwendung der Gewinne in den Betrieben der VEW vom 6. Januar 1955 (GBl. I, Seite 23) auch in den Betrieben der örtlichen volkseigenen Industrie anzuwenden ist, war es notwendig, die Konten 9312 und 9313 neu in den Kontenrahmen aufzunehmen.

Sämtliche Änderungen am Kontenrahmen der örtlichen volkseigenen Industriebetriebe sind mit dem Kontenrahmen der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie abgestimmt.

Obige Änderungen und Ergänzungen sind im Heft 1 der Broschüre „Die Buchführung der örtlichen volkseigenen Industriebetriebe“ aufzunehmen. (He)

Branchenrichtlinien für die Betriebsabrechnung der örtlichen volkseigenen Industriebetriebe

Das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft gibt in der Zeit vom September bis Dezember 1956 folgende Branchenrichtlinien für die Betriebsabrechnung als Broschüren heraus:

- Milchverarbeitung
- Tabak
- Brau und Malz
- Spirituosen
- Obst- und Gemüseverarbeitung
- Mühlen
- Schlachthöfe und Fleischverarbeitung
- Backwaren
- Süßwarenherstellung
- Fischwarenherstellung
- Spinnereien, Zwirnereien, Webereien, Volltextilfabriken

- Obertrikotagen, Untertrikotagen- Strick- und Feinstrumpfwaren
- Konfektion
- Leder/Schuhe/Rauchwaren
- Sägewerke ohne Weiterverarbeitung
- Sägewerke mit Weiterverarbeitung
- Möbel- und Bauelemente
- Kleinholzwaren, Besen, Bürsten, Pinsel, Bottiche, Fässer
- Papier- und Pappenverarbeitung
- Polygraphie
- Maschinenbau
- Elektrotechnik
- Feinmechanik/Optik
- Bergbau a) Braunkohle und Torf b) übriger Bergbau
- Glas/Keramik
- Chemie

Vorbestellungen sind zu richten über die Räte der Kreise an die zuständigen Räte der Bezirke, Abt. Örtliche Wirtschaft, Betriebswirtschaft.

Die Broschüren werden von den Abnehmern bezahlt. Nachbestellungen sind nicht möglich, da nur die vorbestellte Auflage gedruckt wird. (He)

Abgabe der Fertigung von Maschinentypen

Nach Absprache mit dem Ministerium für Schwermaschinenbau — HV WMW — können folgende Maschinentypen zur Fertigung an die örtliche Industrie abgegeben werden:

1. Mechanik-Drehmaschine mit Gewindeschneid-Einrichtung 310×460
(auch für Werkstattwagen-Ausrüstung)
2. Zugschneid-Feindrehmaschine
100×100 und 250×600
3. Revolver-Drehmaschine für Feinwerkmechanik
4. Stern-Revolver-Drehmaschine
5. Feil- und Schleifmaschine
6. hydraulische Schiefer-Schere
7. Kurbel-Tafelschere
8. Durchschubschere
9. Härtepresse

Betriebe, die für diese Fertigung in Frage kommen, wenden sich über die Räte der Bezirke an das

Ministerium für Schwermaschinenbau
— HV WMW — Abt. Planung. (Br)

Abschluß von internationalen Lizenzverträgen

Bei dem Abschluß von internationalen Lizenzverträgen treten sowohl in der volkseigenen Wirtschaft als auch bei privaten Erfindern immer wieder Schwierigkeiten auf, da vielfach nicht die Möglichkeit besteht, sich auf dem Gebiet des ausländischen Lizenzrechtes und der internationalen Gepflogenheiten bei dem Abschluß von Lizenzverträgen genügend zu informieren.

Aus diesem Grunde wurde bei der Kammer für Außenhandel der DDR das Zentralbüro für internationalen Interessenschutz (ZBI) gebildet, das vor allem unseren volkseigenen Betrieben beim Abschluß von Lizenzverträgen beratend zur Seite steht.

Die Tätigkeit des ZBI besteht insbesondere in der Rechtsberatung, der Erteilung von Rechtsauskünften und in der Parteienvertretung in Lizenzangelegenheiten. Es fertigt Entwürfe von Lizenzverträgen und Gutachten an und berät bei Vertragsverhandlungen. Auch bei

lizenzrechtlichen Streitigkeiten im Ausland übernimmt das ZBI die Vertretung in Zusammenarbeit mit seinen ausländischen Korrespondenzanwälten. Die Inanspruchnahme des ZBI unterliegt einer vom Ministerium der Finanzen genehmigten Gebührenordnung. Für Ministerien, Hauptverwaltungen und örtliche Staatsorgane erfolgt eine Beratung kostenlos. (Zi)

Beratungsdienst für die Anwendung der Epoxydharz-Methode im Maschinen- und Apparatebau
Im Institut für Schienenfahrzeuge, Berlin-Adlershof, Rudower Chaussee, ist unter der Leitung des Ingenieurs H. Grosch, ein Beratungsdienst für die Anwendung der Epoxydharz-Methode im Maschinen- und Apparatebau eingerichtet worden.

Der Beratungsdienst erstreckt sich ab 15. August 1956

1. auf die Übertragung der bisherigen Erfahrungen in der Anwendung von Epoxydharzen bei der Behebung von Gußfehlern einschließlich der Durchführung der erforderlichen Kurzlehrgänge,
2. auf die Organisation eines breiten Erfahrungsaustausches und die Schaffung von Musterbeispielen hinsichtlich der praktischen Anwendungsmöglichkeiten der Metallklebetechnik im Maschinenbau.

Die Betriebe werden gebeten, die großen und reichhaltigen Erfahrungen, welche bisher in der Beseitigung von Gußfehlern gemacht wurden, durch die Inanspruchnahme der Beratungsstelle optimal auszunutzen.

Die Herstellung der entsprechenden Epoxydharzmengen ist gesichert. (Br)

Händlervergütung bei alkoholfreien Getränken

Das Ministerium für Lebensmittelindustrie — HV Genußmittel — bittet uns, bekanntzugeben, daß vom III. Quartal an folgende Sätze für Händlervergütungen Gültigkeit haben:

Faßbrause pro hl	bis zu 3,— DM
Limonaden und Selters in Flaschen pro hl	bis zu 4,— DM

Die Händlervergütungen für Bier bleiben unverändert. (He)

Annung
aus der Anordnung über Maßnahmen zur weiteren Einsparung von Holz des Ministeriums für Kohle und Energie vom 18. Juni 1956

I.

Standardisierung

1. Bei der Verlegung von Gleisen ist nur maßgerechtes Holz zu verwenden, wobei für Schwellen folgende Toleranzen gelten:

Für die Länge	+5 cm bis —3 cm
Für die Stärke	+1 cm bis —0,5 cm
Für die Breite	+1 cm bis —1 cm

Als Toleranzen für lamellierte Baggerschwellen gelten:

für die Stärke und Breite	±5 mm
für die Länge	±30 mm

2. Soweit günstige Bodenverhältnisse und entsprechende günstige Raddrücke es gestatten, sind Starkholzschnellen von minimal 20 cm Stärke zu verwenden.
3. Die bisher etwa 40 verschiedenen Baggerschwellenlängen sind auf nachstehende Längen zu beschränken:

2 m, 2,50 m, 3 m, 3,50 m, 4 m, 4,50 m, 5 m, 5,50 m 6 m, 6,50 m. Sondereinschnitte sind nur mit Genehmigung der zuständigen Hauptverwaltungen gestattet.

II.

Austausch von Holz

1. An Stelle von Starkholz sind in verstärktem Umfange Dübelschwellen und zusammengesetzte Schwellen zu verwenden. Die Versuche mit den in einigen Werken bereits eingebauten lamellierten Baggerschwellen sind beschleunigt abzuschließen. Das Ergebnis ist auszuwerten.
2. Im Gleisbau ist mit dem organisierten Einbau von Stahlbetonschwellen bei stationären Normalspur- und Schmalspurgleisen zu beginnen.
3. Die Hauptverwaltung Braunkohle überprüft die Möglichkeit der Verwendung von Stahlausbau unter Tage sowie des Einsatzes von Metallstempeln und leitet das Ergebnis der Überprüfung innerhalb von 4 Wochen nach Veröffentlichung dieser Anordnung der Hauptabteilung Planung zu.

VI.

Sonstige Einsparungsmaßnahmen

1. Zur Einsparung von Starkholz ist in der Perspektive die Anwendung von Raupenfahrwerken und Gleisraupenfahrwerken bei Tagebaugeräten vorzusehen.
2. Baggerschwellen sind mit Flacheisen von 40 bis 60 mm Breite und 4 bis 6 mm Stärke an 2 bis 5 Stellen je nach Schwellenlänge zu bandagieren.
3. Unterlagsplatten sind in den Mindestabmessungen von 350 × 250 × 25 mm zu verwenden, da schwächere Platten sich leicht durchbiegen und die Schwellendecke beschädigen.
4. Bei ungünstigen Bodenverhältnissen sind bei Baggerstrossen Kiesschüttungen vorzunehmen, um eine bessere Unterlage für die Schwellen zu schaffen.
5. Die Gleisinstandhaltung ist wie folgt durchzuführen:
 - a) in stationären Gleisen durch Gleisbettungsreinigung, durch Vermeidung hängender Stöße und durch richtige Überhöhung in den Kurven,
 - b) in beweglichen Gleisen durch Herstellung eines einwandfreien Gleisplanes vor dem Rücken,
 - c) durch Verlegung neuer stationärer Gleise nur noch auf Steinschlag und durch Beseitigung des Streugutes.

Diese Anordnung des Ministeriums für Kohle und Energie wird sinngemäß als verbindlich für den Bereich der volkseigenen örtlichen Industrie erklärt.

Die Werkleiter der volkseigenen örtlichen Betriebe sind verantwortlich für die Durchführung und die Abteilungen Örtliche Wirtschaft bei den Räten der Kreise und Bezirke sind verantwortlich für die Kontrolle.

Weitere Hinweise für Holzeinsparungsmaßnahmen werden in den folgenden „Verfügungen und Mitteilungen“ veröffentlicht. (Br)

Broszeit

Hauptabteilungsleiter

Betr.: Betriebsplan 1957

Abt. Planung und Finanzkontrolle

Der vom zentralen Arbeitskreis „Betriebsplanung“ ausgearbeitete Betriebsplan 1957 befindet sich z. Z. in Druck.

Der Planteil Finanzen, der vom Ministerium der Finanzen ausgearbeitet wurde, wird bereits ausgeliefert. Über

die festgelegten Formblätter dieses Teiles hinaus hat der Arbeitskreis betriebliche Arbeitsunterlagen entwickelt, und zwar

Plankalkulation (mit Anlage).
Kostenplan,

die ebenfalls bereits ausgeliefert werden.

Zum Betriebsplan sind außerdem Richtlinien ausgearbeitet worden, die in Form einer Lose-Blatt-Sammlung Aufzählungen der Planteile mit Formblättern, Erläuterungen und ein Musterbeispiel zur Ausarbeitung des Produktionsplanes enthalten. Die Drucklegung erfolgt unter dem Gesichtspunkt, daß kleinere Betriebe nur ein Exemplar der Erläuterung benötigen, während Mittelbetriebe 2 bis 3 Exemplare erhalten sollen.

Diese Lose-Blatt-Sammlung behält Gültigkeit für den gesamten 2. Fünfjahrplan und wird laufend ergänzt. Die Bestellungen der Formblätter zum Betriebsplan 1957 sind auf Grund der Lose-Blatt-Sammlung vorzunehmen.

Damit sämtliche Formblätter des Betriebsplanes 1957 bis Ende November 1957 an die Räte der Bezirke zur Weiterleitung ausgeliefert werden können, ist es erforderlich, daß die Abt. Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke beim Staatssekretariat — Abt. Planung — bis zum 5. 11. 1956 die Anzahl der benötigten Exemplare (Richtlinie) bestellen. (Da)

Methode zur Erarbeitung von Vorratsnormen in der volkseigenen örtlichen Industrie

Die planmäßige Vorrathaltung in unserer volkseigenen örtlichen Industrie ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichmäßige Produktion und damit von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung unserer Betriebspläne. Aufgabe der richtigen Vorrathaltung ist es,

- a) Materialhortungen zu vermeiden,
- b) die Kosten für die Vorrathaltung zu senken,
- c) die Umlaufgeschwindigkeit der Finanzmittel zu beschleunigen.

Bei den operativen Anleitungen des Staatssekretariats und der Staatlichen Plankommission wurde immer wieder festgestellt, daß gegen diese Grundsätze größtenteils verstoßen wird. In nicht einem von etwa 30 VEB (K) wurde eine der obigen Forderung entsprechende Materialwirtschaft vorgefunden. Schon bei der Überprüfung der Kurzberichte über die Materialbewegung — Formblatt 45 (SB) — wurden erhebliche Überplanbestände festgestellt, die in den Betrieben lagerten. Einige der Hauptursachen dieser schlechten Materialwirtschaft sind:

- a) Die Unkenntnis der Methoden zur Erarbeitung technisch ökonomisch begründeter Vorratsnormen bei vielen Bearbeitern in den Betrieben;
- b) Die Gleichgültigkeit eines großen Teils der Mitarbeiter in den Betrieben gegenüber diesem wichtigen Teil innerhalb der Materialwirtschaft. (Verordnungen, Lose-Blatt-Sammlungen, die „Materialwirtschaft“ und sonstige Publikationen zur Erarbeitung von Vorratsnormen werden nur ungenügend beachtet);
- c) Das Bestreben der Betriebsleitungen, eine übermäßig hohe Bevorratung zu halten, um eine kontinuierliche Produktion zu garantieren. Begründet wird dieses Bestreben mit der in der Vergangenheit nicht termingerechten Belieferung durch die Handelsorgane oder anderen Partner und anderen Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung.
- d) Die ungenügende Einbeziehung der Werktätigen bei der Überprüfung der notwendigen Materialbevorratung.

Um diesen Zustand zu verändern und die Erarbeitung von Vorratsnormen entsprechend der „Verordnung über die Ermittlung und Anwendung von Vorratsnormen (VRN) für Material in der volkseigenen Wirtschaft“ (GBI. 65/55) zu beschleunigen, sind in vielen Betrieben durch Anleitung des Staatssekretariats und der Staatlichen Plankommission gemeinsam mit Mitarbeitern der örtlichen Organe Beispiele zur Erarbeitung von VRN (Vorratsnorm) geschaffen worden.

Entsprechend den in der „Materialwirtschaft“ und in der Lose-Blatt-Sammlung „Die Materialversorgung“ Teil F 3 gegebenen Hinweisen und auf Grund der gesammelten Erfahrungen wird die folgende Methode zur Erarbeitung von VRN zur weiteren Erprobung empfohlen und zur Diskussion gestellt.

Im wesentlichen muß von folgenden grundsätzlichen Fragen ausgegangen werden:

- a) Feststellung der **wichtigsten Grundmaterialien** im Betrieb anhand der Materialdispositionskartei bzw. des Materialplanes.
- b) Ermittlung des **Gesamt-Jahresbedarfs** dieses Grundmaterials und des täglichen Verbrauchs.
- c) Untersuchung des **Lieferzyklus** (Zulauftzeiten, Vertragsystem, Transportwege usw.).
- d) Ermittlung des **Mindestvorrates**.
- e) Festlegung des **Höchstvorrates** anhand des Lieferzyklus und des Mindestvorrates.
- f) Errechnung der **Vorratsnorm (VRN)**.

Diese Feststellungen müssen zur systematischen Auswertung in einem Formblatt (VRN 4/6, s. nachstehendes Muster) zusammengefaßt werden. Nur so ist es uns möglich, die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen und Unterlagenmaterial für die weitere VRN-Arbeit zu schaffen.

Das Formblatt gliedert sich in 3 Zeilen a, b und c (Spalte 3). In Zeile a werden die Resultate der Untersuchungen — soweit vorhanden — des Vorjahres eingetragen, um Vergleichsmöglichkeiten zu haben. Es handelt sich hier um statistisch ermittelte Werte, in denen alle Fehldispositionen, Lieferverzögerungen und sonstige Unzulänglichkeiten enthalten sind.

In Zeile b werden auf Grund eingehender Untersuchungen aller mit der Materialwirtschaft zusammenhängenden Fragen die ermittelten Werte des gegenwärtigen Zeitraumes, die zu technischen und ökonomischen VRN führen, eingetragen.

Die Zeile c ist Berichtigungsvermerken des Rates des Bezirkes oder Kreises oder eigenen Feststellungen vorbehalten.

Es wird bei der Festlegung von VRN für eine Planposition — in unserem Beispiel grober Stabstahl 13 14 152 — notwendig sein, die einzelnen Materialarten der Planposition zu untersuchen. Für diese Untersuchung legen wir in **Spalte 2** zumindest die wichtigsten Materialarten fest. Später erfolgt die Verdichtung zur VRN der Planposition.

Die im Betriebsplan ausgewiesene Mengeneinheit (ME), z. B. t, kg, m², m³, findet in Spalte 4 ihren Niederschlag.

Wichtig ist die Spalte 5. Hier werden die lt. Kontingent im Untersuchungszeitraum zur Verfügung stehenden Materialien unter Hinzurechnung des geplanten Einsatzes an örtlichen Reserven eingetragen.

Der durchschnittliche Tagesbedarf ergibt sich, indem die Summe der Spalte 5 durch die Anzahl der Tage des Untersuchungszeitraumes geteilt wird. Es ist zu beachten, daß nicht die Werkzeuge, sondern die Plan-Tage ein-

gesetzt werden. (Z. B. 1 Monat 30 Tage, 1 Quartal = 90 Tage usw.)

In der Spalte 7 wird der prozentuale Anteil der Materialart an der Planposition ausgewiesen. In unserem Beispiel ist die Zeile 1 b, Spalte 5, der Gesamtjahresbedarf der Materialart Walzstahl 20×120 mit 264 t angegeben und beträgt 42,0% des Gesamtjahresbedarfes der Planposition grober Stabstahl, der mit 623,47 t angegeben ist.

Formel: $\frac{\text{Zeile 1 b}}{\text{Zeile 5 b}} \times 100$.

Dieser prozentuale Anteil der Materialart an der Planposition wird später bei der Errechnung des Mindestvorrates der Planposition in Tagen benötigt.

Unter Lieferzyklus (Spalte 8) verstehen wir den Abstand in Tagen von einer Lieferung bis zur nächsten, der zur Aufrechterhaltung einer kontinuierlichen Produktion notwendig ist. Eine entscheidende Rolle spielt hier die richtige Handhabung des Vertragssystems, in dem wir den Lieferbetrieben die ungefähren Liefertage vorschreiben. Weiter erhalten wir wichtige Hinweise bei der Ausarbeitung der Artikelblätter der Materialbuchhaltung (MDK). Wenn z. B. in dem Untersuchungszeitraum eines Jahres 20 Lieferungen erfolgt sind, können wir als gegeben betrachten, daß der Lieferzyklus 18 Tage war ($360 \text{ Tage} : 20 \text{ Lieferungen} = 18 \text{ Tage}$). Bei besonders unkontinuierlicher Lieferung sind die Gründe zu untersuchen (zu späte Bekanntgabe der staatlichen Aufgaben, verspätete Kontingentshergabe, falsche Terminstellung in den Lieferverträgen, zu große Lieferungen, Sammelsendungen der DHZ, unregelmäßige Importe usw.) und den Betrieben, wenn schuldhaftes Verhalten vorliegt, Wege zur Beseitigung der Fehler und zur besseren Anwendung des Vertragssystems aufzuzeigen. Eine Verkürzung des Lieferzyklus wird im allgemeinen die Folge sein. Wesentliche Hinweise zur Verkürzung des Lieferzyklus können die Lagerverwalter, Materialversorger und Vertragsbearbeiter geben, die im Zusammenhang mit diesen Fragen gehört werden müssen.

Den übergehenden Vorrat in Spalte 9 errechnet man aus dem durchschnittlichen Tagesbedarf \times Lieferzyklus. Er bedarf der ständigen Überwachung und Korrektur. Z. B. durch Veränderung der Konstruktion, Verbesserung der MVN und anderen Einsparungen tritt eine Verminderung des Materialbedarfes und damit des durchschnittlichen Tagesbedarfes (Spalte 6) ein. Eine Berichtigung ergibt zwar keine Senkung der VRN in Tagen, wohl aber in Menge und damit an Umlaufmitteln.

Neben dem Lieferzyklus ist die Festlegung des Mindestvorrates, Spalte 10, von ausschlaggebender Bedeutung. Um eine kontinuierliche Produktion zu gewährleisten, ist es erforderlich, eine Mindestvorratshaltung festzulegen. Sie stellt einen Sicherheitsfaktor dar und wird bestimmt durch Unregelmäßigkeiten bei der Anlieferung. Der Mindestvorrat in Tagen ist im allgemeinen niedriger als der Lieferzyklus. Eine Regel für das Verhältnis Lieferzyklus zum Mindestvorrat muß in den Betrieben von der technischen Leitung, dem Materialversorger, dem Meister und den Werkträgern erarbeitet werden.

Bei langem Lieferzyklus wird der Mindestvorrat 15 bis 30% des Lieferzyklus betragen, bei kurzem Lieferzyklus wird der Mindestvorrat häufig an die Grenze des Lieferzyklus herankommen und damit 100% betragen.

Beträgt z. B. der Lieferzyklus für ein Material 90 Tage, so sind als Mindestvorrat 10 Tage bei kontinuierlicher Lieferung ausreichend. Eine andere Materialart wird durch die Post in Abständen von 10 Tagen angeliefert. Als Sicherheitsfaktor, um Produktionsstörungen vorzubeugen, sind 5 Tage Mindestvorrat ausreichend. Diese Beispiele lassen sich beliebig in den einzelnen Industriezweigen ergänzen und sind entsprechend den betrieblichen Gegebenheiten auszuwerten und anzuwenden.

In den Spalten 11—15 sind entsprechend den angegebenen Formeln die notwendigen Berechnungen anzustellen und die Werte einzusetzen.

Die in Spalte 15 errechnete Menge ist mit dem in dem Artikelblatt der Buchhaltung ausgewiesenen Materialverrechnungspreis zu multiplizieren und ergibt in Spalte 16 die Umlaufmittel, die der Betrieb lt. festgelegter VRN benötigt.

Die Verdichtung zur Planposition erfolgt in der Form, daß die Spalten 5, 6, 11, 13, 15 und 16 addiert werden. Die Festlegung der Vorratsnormen der Planposition in Tagen muß von dem prozentualen Anteil, Spalte 7, ausgehen.

Formel:

Spalte 7, Zeile : $1 b \times \text{Spalte 10, Zeile 1 b} = 8,4 \text{ Tage}$
100

Die einzelnen prozentualen Ergebnisse werden zum Mindestvorrat der Planposition zusammengezogen.

Im gleichen Sinne wird der Höchstvorrat in Tagen, Spalte 12, behandelt und zur VRN entsprechend der Formel Spalte 14 verdichtet. In unserem Beispiel sind die Verdichtungen fett eingetragen.

Die so gewonnene VRN der gesamten Planposition ist jetzt die Grundlage des von dem Betrieb zu erarbeitenden Richtsatzplanes. Mit diesen Ergebnissen der Spalten 14 und 16 können wir jederzeit genau nachweisen, welche Umlaufmittel der Betrieb zur Durchführung seiner Produktion benötigt.

Um in der zur Diskussion gestellten Methode zur Erarbeitung von VRN Erfolg zu haben, ist es weiter notwendig, daß das gesamte Leitungskollektiv sich mit dieser Frage beschäftigt. Eine eingehende Diskussion über die Verbesserung der Lagerhaltung, sortengerechte Lagerung, Lagerfachkartei, Materialdispositionskartei muß mit den beteiligten Kollegen geführt werden, um einen guten Durchlauf und eine zügige Entnahme des Materials sowie die termingerechte Bestellung entsprechend des Mindest- und Höchstvorrates zu garantieren. Eingehende Untersuchungen über die Anwendung des Vertragssystems sind notwendig, um von dieser Seite den Lieferzyklus zu beeinflussen. Die Frage des Mindestvorrates darf nicht nur von der Seite der Vorratshaltung gesehen werden, sondern es muß auch die Frage der Aufrechterhaltung einer gleichmäßigen Produktion im Betrieb mit den Werkträgern besprochen werden. Jede Vorratsproduktion von Einzelteilen führt zu einer starken Entnahme des einen Materials und damit zur Überschreitung des Höchstvorrates bei einem anderen Material. Dadurch können die festgelegten Mindest- bzw. Höchstvorräte nicht eingehalten werden. Bei Zweifelsfällen in der Erarbeitung und Anwendung von VRN kann auf die Lose-Blatt-Sammlung „Die Materialversorgung“ Teil F 3 zurückgegriffen werden. Ferner empfehlen wir eine ständige Zusammenarbeit mit den Kollegen der Fachabteilung beim Rat des Kreises und der Filiale der Deutschen Notenbank.

Lfd. Nr.	Materialart oder Platinierung	ME	Gesamt- Jahresbedarf	Durchschnittlicher Tagesbedarf	% Anteil	Lieferungen in Tonnen	Überschuss oder Mangel Sp. 8 x 6	Mindestvorrat		Höchstvorrat		VRN		Unbedeutend TDN Sp. 15 x Wert	VRN 4 a	
								in Tonnen	in Menge Sp. 6 x 10	in Tonnen Sp. 8 x 10	in Menge Sp. 9 u. 11	in Tonnen Sp. 10 u. 12 • 2	in Menge Sp. 11 u. 15 • 2			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1	Walzstahl 20×120	a b c	t	264,—	0,733	42,	30	22,—	20 8,4	14,66	50 21	36,66	25	25,06	9,243	
2	Walzstahl 12×120	a b c	t	339,—	0,941	55	22	20,7	15 8,25	14,11	37 20,35	34,81	27	24,46	4,040	
3	Walzstahl 10×80	a b c	t	9,67	0,027	1	90	2,43	30 0,3	0,81	120 1,2	3,24	75	2,0	0,732	
4	Walzstahl 8×80	a b c	t	10,80	0,03	2	90	2,7	30 0,8	0,90	120 2,4	3,6	75	2,25	0,900	
5	Grober Stahlstahl 13 14 152	a b c	t	623,47	1,732	100			17,55	30,48	44,96	78,45	31,25	54,38	14,915	

(HM)

Neumann

Abteilungsleiter

Abt. Koordinierung der Arbeit der Räte der Bezirke**Direktive zur Ermittlung des örtlichen Bedarfs und dessen Berücksichtigung in der Produktion der örtlichen Wirtschaft**

Zu den Aufgaben der örtlichen Wirtschaft gehört besonders die Herstellung von preiswerten Konsumgütern entsprechend den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung.

Dieser Aufgabe wird die örtliche Wirtschaft nicht in vollem Maße gerecht. Durch die Erstarrung der Produktionsprogramme entstehen einerseits Absatzschwierigkeiten und andererseits werden die Wünsche der Bevölkerung an Konsumgütern ungenügend befriedigt. Die wesentlichste Ursache liegt darin, daß die Betriebe der örtlichen Wirtschaft die Bedarfswünsche nur mangelhaft kennen.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Rates des Bezirkes Erfurt und Bezugnahme auf die Aussprache in der Arbeitsberatung am 24./25. 7. d. J. mit allen Abt.-Leitern ÖW der Bezirke wird deshalb folgendes empfohlen:

I. Aufgabenstellung

Der Leiter der Abt. Örtliche Wirtschaft des Rates des Bezirkes wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß Aussprachen mit der Bevölkerung über deren Wünsche an Gebrauchsgütern durchgeführt werden, um die Kenntnis über folgende Fragen zu vertiefen:

1. Bessere Berücksichtigung der gewachsenen speziellen Bedürfnisse der Bevölkerung an hochwertigen Verbrauchsgütern durch die Produktionsbetriebe;
2. welche Erzeugnisse müssen neu in die Produktionsprogramme aufgenommen werden;
3. welche Erzeugnisse in der Produktion zu steigern bzw. einzuschränken sind, sowie notwendige Qualitätsverbesserungen und Sortimentserweiterungen.

II. Methode der Durchführung

1. Beratung mit Organen des Handels (Staatsapparat, Groß- und Einzelhandel, BHG, Kreiskontore für

landwirtschaftl. Bedarf und Landwarenhäuser) und Mitgliedern des techn.-ökon. Beirates zur Erläuterung der Aufgabenstellung und Ausarbeitung eines Organisationsplanes.

Die Vorsitzenden der Ständigen Kommissionen für Industrie und Handwerk sowie Handel und Versorgung sind von den beabsichtigten Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.

2. Durchführung von Käuferbefragungen in HO- und Konsumverkaufsstellen und Landwarenhäusern unter Einbeziehung der Verkaufstellenausschüsse.
3. Durchführung von Aussprachen mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen (z.B. LPG, Dorfbewohnern, Industriearbeiterinnen, Hausgemeinschaften) unter Hinzuziehung des Handels und von Produktionsbetrieben in Verbindung mit den Ausschüssen der Nationalen Front.
4. Auswertung der erhaltenen Anregungen durch die Abt. Örtl. Wirtschaft unter Mitwirkung des techn.-ökon. Beirates sowie Festlegung und Durchführung der Maßnahmen zur Veränderung der Produktionsprogramme unter weitgehendster Verwendung örtlicher Reserven.
5. Aufstellung einer Liste von den Erzeugnissen, die im eigenen Bezirk nicht hergestellt werden können und Übermittlung an das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft.

III. Termine

Die Durchführung ist ab sofort in Angriff zu nehmen, damit die Planerfüllung 1956 und der Plananlauf 1957 verbessert wird.

Während der gesamten Dauer der Durchführung ist eine enge Verbindung mit der Bezirkspresse aufzunehmen.

Für die Richtigkeit:

Schindler
Hauptreferent

gez. Beil
i. V. des Staatssekretärs

HA Handwerk

Mitteilungen

für Produktionsgenossenschaften des Handwerks

Im Einvernehmen mit der DIB (Zentrale) sind ab sofort Kreditanträge, die von Produktionsgenossenschaften des Handwerks gestellt werden, von folgenden Dienststellen zu bearbeiten:

- Bei Kreditanträgen bis zu 50 000,— DM durch die Abt. Örtliche Wirtschaft des Rates des Kreises mit Unterschrift des Vorsitzenden des Rates des Kreises.
- Bei Kreditanträgen über 50 000,— DM durch die Abt. Örtliche Wirtschaft des Rates des Bezirkes.
- Bei Kreditanträgen über 100 000,— DM durch das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, HA Handwerk.

Den Anträgen an das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft auf Erteilung einer Befürwortung sind in jedem Falle Gutachten der Abt. Örtliche Wirtschaft des Rates des Bezirkes beizufügen. (W)

Regelung für den Direkteinkauf der handwerklichen Produktionsgenossenschaften

Um den Direkteinkauf der handwerklichen Produktionsgenossenschaften zu fördern, werden sie in Übereinstimmung mit dem Ministerium für Handel und Versorgung in den Kreis der Betriebe aufgenommen, der direkt von den Herstellerbetrieben beliefert wird. Die Belieferung ist ab 1. 7. 1956 zum Industrie- bzw. Herstellerabgabepreis möglich. Das Ministerium für Handel und Versorgung hat in seinem Mitteilungsblatt 15/56 seinen zuständigen Großhandelsorganen eine entsprechende Mitteilung gegeben. (bü)

Ferienbetreuung der Mitglieder handwerklicher Produktionsgenossenschaften

Der FDGB Bundesvorstand hat sich bereit erklärt, nach einer Mitteilung vom 28. 9. 1956 an das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, für Mitglieder der Produktionsgenossenschaften für 1957 Ferienplätze zur Verfügung zu stellen. Die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften erhalten Ferienschecks für 14tägige Urlaubsreisen in FDGB-Erholungsheimen bei einem Preis von 75,— DM. (bü)

Meldung über die Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks

Die Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Kreise wurden durch ihre zuständige Fachabteilung der Räte der Bezirke verpflichtet, ab 1. 7. 1956 die Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks spätestens 3 Tage nach ihrer Registrierung durch den Rat des Kreises, Abt. Örtliche Wirtschaft, auf Formblatt MPG 1 dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, HA Handwerk, sowie an den Rat des Bezirkes, Abt. Örtliche Wirtschaft, mitzuteilen. Diese Anweisung wird teilweise ungenügend beachtet. Es wird deshalb noch einmal auf die termingemäße Einhaltung dieser Berichterstattung hingewiesen.

Die Räte der Kreise, Abt. Örtliche Wirtschaft, die für die Meldung MPG 1 neue Formulare benötigen, geben ihre Bestellung bis zum 15. 11. 1956 an die für sie zuständige Fachabteilung ihres Rates des Bezirkes, die eine Sammelbestellung bis zum 10. 12. 1956 an den genossenschaftlichen Vordruckbetrieb eGmbH Gotha Thür., Karl-Marx-Str. 24, aufgibt. (bü)

Einheitliches Rechnungswesen und Planungsformulare der handwerklichen Produktionsgenossenschaften für das Jahr 1957

Damit im Jahre 1957 alle handwerklichen Produktionsgenossenschaften nach einheitlichen Richtlinien im

Rechnungswesen arbeiten, wird ab 1. 1. 1957 für alle Produktionsgenossenschaften ein einheitlicher Kontenrahmen und Erläuterungen für die Buchführung herausgegeben.

Für die Produktionsgenossenschaften des Handwerks findet eine Einweisung in die neue Rechnungsführung in 5 Gruppen statt,

in Karl-Marx-Stadt für die Produktionsgenossenschaften der Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt, in Erfurt für die Bezirke Gera, Suhl und Erfurt, in Halle für die Bezirke Magdeburg und Halle, in Frankfurt/Oder für die Bezirke Cottbus, Potsdam, Berlin und Frankfurt, in Rostock für die Bezirke Schwerin, Neubrandenburg und Rostock.

Die genauen Termine für die Einweisung der einzelnen Gruppen werden noch bekanntgegeben. (bü)

Wegfall der Abrechnung und Meldung der Exportaufträge des Handwerks im Jahre 1956

Die laut Direktive des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft vom 30. 1. 1956 festgelegte Regelung, daß die Handwerkskammern der Bezirke bis zum 12. eines jeden Monats an die HA Handwerk des Staatssekretariats die verdichtete Meldung und Analyse der Exporterfüllung lt. Formblatt I und II einzureichen haben, wird am 30. 10. 1956 aufgehoben.

Somit sind die Handwerkskammern erstmalig für den Monat Oktober von der Meldepflicht gegenüber dem Staatssekretariat befreit. Damit ist nicht aufgehoben die Festlegung der Berichterstattung der Kreishandelsstellen gegenüber den Handwerkskammern der Bezirke und der durch die Handwerkskammern an die Räte der Bezirke, Abt. Örtliche Wirtschaft. (bü)

Reetz

Leiter der Hauptabteilung

HA Priv. Wirtschaft

Planung

der Produktion der privaten Industriebetriebe

Auf die wiederholt an uns gerichteten Anfragen, wie die Planung der Produktion solcher privaten Betriebe zu erfolgen hat, die Zweigstellen haben, deren Sitz im Bereich eines anderen Bezirkes liegt, teilen wir mit, daß im Einvernehmen mit der Staatl. Plankommission, HA Örtliche Wirtschaft, folgende Regelung getroffen worden ist:

Bei der Planung der Produktion von privaten Industriebetrieben mit Zweigstellen im Bereich mehrerer Bezirke ist so zu verfahren, daß die vorgesehene Produktionsleistung des Hauptbetriebes und der Zweigstellen in dem Produktionsplan desjenigen Bezirkes aufzunehmen ist, in dem sich der Sitz des Hauptbetriebes bzw. der Zweigstellen befindet.

Diese Regelung wird künftig eine bessere Kontrolle solcher privaten Industriebetriebe durch die jeweils zuständigen örtlichen Organe des Staatsapparates und der IHK der DDR ermöglichen. (Oe)

Zur Ermittlung der wichtigsten Produktionskapazitäten der privaten Industriebetriebe

Durch die Direktive „Zur Ermittlung der Produktionskapazität für ausgewählte Erzeugnisse in der Privatindustrie“ des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft vom 4. 9. 1956 ist festgelegt worden, daß zur Schaffung eines genauen Überblicks über das mögliche Produktionsaufkommen der privaten Industriebetriebe für bestimmte volkswirtschaftlich wichtige Erzeugnisse die

Kapazität der betreffenden privaten Industriebetriebe ermittelt wird. Die Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke sowie die Bezirksdirektionen der Industrie- und Handelskammer der Deutschen Demokratischen Republik haben in den ersten Oktobertagen durch Mitarbeiter des Staatssekretariats für Örtl. Wirtschaft eine entsprechende Unterrichtung erhalten. Es ergibt sich nunmehr die Notwendigkeit, diese Aufgabe gewissenhaft und termingerecht zu lösen.

Wir wissen, daß in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat jedem privaten Industriebetrieb die Möglichkeit gegeben ist, an der Lösung der staatlichen Aufgaben entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft mitzuarbeiten. Diese Mitarbeit oder Einbeziehung der privaten Industriebetriebe bei der Lösung von staatlichen Aufgaben setzt jedoch voraus, daß die planenden Dienststellen des Staatsapparates und die Industrie- und Handelskammer der Deutschen Demokratischen Republik über die Höhe der wichtigsten Kapazitäten der privaten Industriebetriebe unterrichtet sein müssen, um sie bei der Ausarbeitung der Pläne berücksichtigen zu können. Die entsprechend der Nomenklatur zu ermittelnden Kapazitätskennziffern sind somit Arbeitsunterlagen der Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise sowie der örtlichen Organe der Industrie- und Handelskammer der Deutschen Demokratischen Republik für die Ausarbeitung der Volkswirtschafts- und Perspektivpläne. Durch diese Kapazitätsermittlung muß also die Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß die örtlichen Staatsorgane die Produktionsvorschläge der Industrie- und Handelskammer der Deutschen Demokratischen Republik in den wichtigsten Positionen richtig einzuschätzen vermögen. Hierbei ist aber noch eine zweite Seite zu beachten. Die Kenntnis dieser Kennziffern soll sich zugleich auch auf die Investitionstätigkeit innerhalb der sozialistischen Industrie auswirken. Durch die genaue Ermittlung und durch die Kenntnis der Kapazität der privaten Industriebetriebe für bestimmte volkswirtschaftlich wichtige Erzeugnisse werden die in den privaten Betrieben vorhandenen Reserven für eine weitere Steigerung der Produktion erschlossen. Die örtlichen Staatsorgane haben somit die Möglichkeit, durch zweckentsprechende Verwendung der Investitionsgelder die planmäßige proportionale Entwicklung unserer Volkswirtschaft zu sichern. Durch die genaue Kenntnis der Produktionskapazitäten der privaten Industriebetriebe können somit Fehlinvestitionen, die sich zweifelsohne hemmend auf das gesamte Tempo der Entwicklung unserer Industrie und auf die ständige Verbesserung des Lebensstandards unserer Bevölkerung auswirken, vermieden werden.

Es wird nunmehr nach dem Vorliegen der Kapazitätskennziffern auch möglich sein, exakte Produktionsprogramme für die Perspektivplanung in den Bezirken und Kreisen auszuarbeiten.

Die Durchführung dieser Kapazitätsermittlung ist also von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Den Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise obliegt daher die Verpflichtung, durch konkrete Anleitung und Kontrolle der Bezirksdirektionen und Kreisgeschäftsstellen der Industrie- und Handelskammer der Deutschen Demokratischen Republik die termingerechte Durchführung dieser Kapazitätsermittlung zu gewährleisten. (Be)

Herausgabe der Verfügungen und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgeschäfts bei der Regierung der DDR (Neue Folge)

Das Staatliche Vertragsgeschäft bei der Regierung der DDR bringt am 30. 10. 1956 im Deutschen Zentralverlag Berlin die „Verfügungen und Mitteilungen“ in gedruckter Form heraus. Die zweite Ausgabe in diesem Jahr erscheint am 15. 12. 1956. Ab Januar 1957 erscheinen die

„Verfügungen und Mitteilungen“ monatlich. Der Umfang beträgt durchschnittlich 12 Druckseiten DIN A 4; der Bezugspreis 0,30 DM pro Stück. Der Bezug erfolgt nur über den Postzeitungsvertrieb. Bestellungen können sofort aufgegeben werden. (Sp)

Patente, Warenzeichen und Muster

Anfragen aus den Kreisen der volkseigenen örtlichen Betriebe und der privaten Industrie geben uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß bei Anmeldung von Schutzrechten innerhalb und außerhalb der DDR die Bestimmungen der nachstehend aufgeführten Gesetze und Verordnungen zu beachten sind:

Patentgesetz für die DDR vom 6. 9. 1950, GBl. S. 989.
Erste Durchführungsbestimmung zum Patentgesetz vom 20. 3. 1952, GBl. S. 281.

Warenzeichengesetz vom 17. 2. 1954, GBl. S. 216.

VO über die Behandlung von Anmeldungen außerhalb der DDR vom 18. 5. 1955, GBl. S. 465.

VO über die internationale Registrierung von Warenzeichen vom 15. 3. 1956, GBl. S. 271.

In allen Fällen der Anmeldung von Schutzrechten sind Anträge in doppelter Ausfertigung mit den entsprechenden Unterlagen an das Amt für Erfindungs- und Patentwesen in Berlin W 8, Mohrenstraße 37, einzureichen.

Die erforderliche Genehmigung zur Anmeldung von Schutzrechten außerhalb der DDR wird durch das Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft in Berlin C 2 erteilt, wenn die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Anmeldung gegeben ist. (Gr)

Benke

Komm. HA-Leiter

Wie steht es um die Exportfähigkeit der VEB (K)?

Die volkseigene örtliche Industrie konnte auf der Leipziger Herbstmesse 1956 ihre bisher höchsten Exportabschlüsse tätigen. Dieses erfreuliche Ergebnis fand in verschiedenen Veröffentlichungen seinen Widerhall. Gegenwärtig erfährt die Öffentlichkeit jedoch zu wenig über die Exportarbeit in den VEB (K), über die Erfüllung der Exportverpflichtungen, über die Stellungnahmen der ausländischen Kunden zu ihren Erzeugnissen, über die Bemühungen, auch zwischen den Messen Exportgeschäfte anzubahnen. Es liegt im Interesse der VEB (K) selbst, wenn die Bevölkerung über die Exportarbeit der volkseigenen örtlichen Industrie informiert wird. Die Pressestelle des Staatssekretariats übernimmt die Zusammenstellung der Informationen aus den Betrieben und gibt sie an Presse, Rundfunk und ADN weiter. Die volkseigenen örtlichen Exportbetriebe werden gebeten, diese Möglichkeit wahrzunehmen und entsprechendes Material an die Pressestelle (Redaktion der Verfügungen und Mitteilungen) einzusenden. (St)

Bezugsbedingungen der Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft

Außer den Angaben hierüber, die sich im nachstehenden Impressum und in der Bestellpostkarte befinden, macht die Redaktion auf folgendes aufmerksam:

Bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung wenden sich die Bezirke in jedem Falle zuerst an die Zeitungsvertriebsstelle des zuständigen Postamtes. Dieses ist verpflichtet, ausbleibende Nummern bei rechtzeitiger Fehlmeldung — d. h. nach Eingang der nächsten Folge — kostenfrei nachzuliefern. Neu-, Um- oder Abbestellungen nimmt ebenfalls nur der Postzeitungsvertrieb entgegen.

Einzelnummern können, soweit noch Exemplare am Lager sind, zum Preise von 0,30 DM direkt vom Deutschen Zentralverlag bezogen werden. Nr. 1 wird, soweit vorrätig, kostenlos ausgeliefert. (St)

Herausgeber: Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, Berlin. Redaktion: verantwortlich Kurt Stöwe, Pressestelle des Staatssekretariats, Berlin C 2, Am Zeughaus 17. Fernruf: 2307, 343. Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17. Fernruf: 67 64 11. Postscheckkonto: 1400 25. — Erscheinungsweise: monatlich einmal. — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch für Volkseigene Örtliche Betriebe — VEB (K) —, staatliche Organe, volkseigenen und genossenschaftlichen Handel, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, PGH, Universitäten, Hoch- und Fachschulen, demokratische Presse, Parteien und Gewerkschaften. — Bezugspreis: vierteljährlich — 90 DM. — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungsnummer AG 136/56 DDR. — Druck: (67.10) VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 33. — 3511 36 Hc